attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (31.03.2014)

Sand im Getriebe 109

Die unipolare Weltordnung ist vorbei



PDF-Version: *http://www.attac.de/bildungsangebot/sig* ***Online Fassung:*** *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

Was braut sich da - 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg – zusammen?
Peter Wahl analysiert die Spannungen um die Ukraine: *„Grundmuster der westlichen Politik ist ein permanentes Roll-back Russlands. (...) Der kurze Sommer der unipolaren Weltordnung ist vorbei. Die USA und ihre Juniorpartner werden sich daran gewöhnen müssen, dass das internationale System zu einer polyzentrischen Ordnung wird. Soll diese nicht in neuen Blöcken und Kalten Kriegen erstarren – schon jetzt bildet sich eine Achse Moskau-Peking als Reaktion auf das transatlantische Kondominium – braucht es statt hergebrachter Geopolitik Kooperation, Interessenausgleich, Entspannung und Deeskalation, kurzum: Wandel durch Annäherung – auch im Westen. Schließlich gibt es neben der Gesichtswahrung von US-Präsidenten auch noch ein paar andere Menschheitsprobleme: den Klimawandel, die globale Armut und einige mehr.“* In der Ukraine benutzen die Oligarchen nationale Demagogie, um von der sozialen Verelendung großer Teile der Bevölkerung abzulenken. Inzwischen steht der IWF in den Startlöchern, um dort griechische Verhältnisse zu erzeugen.

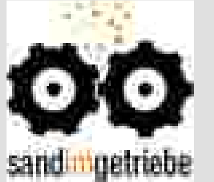
Der Preisträger der diesjährigen Leipziger Buchmesse **Pankaj Mishra** (SiG 108) hält – zum Entsetzen von Springers Welt - in seiner Dankesrede Europa einen Spiegel vor und warnt davor, dass *„ein Teil der Öffentlichkeit wieder dazu übergeht, die Fremden, die Anderen als böswillige Konkurrenz oder parasitäre Bedrohung zu betrachten. Der Abstieg in eine vermeintliche weltpolitische Marginalität macht den Eliten zu schaffen, vor allem in England und Frankreich. “*

Die französischen Ökonomen **Gérard Duménil und Dominique Lévy** analysieren die erste große Krise des frühen 21. Jahrhunderts aus marxistischer Perspektive. *“Tatsächlich kann keynesianische Nachfragepolitik immer nur für Atempausen in Phasen der Kontraktionen der Produktion sorgen.“*
Auch Aufrüstung und Rüstungsexport gehört ja zu den keynesianischen Instrumenten.
So ruft USA-Präsident Obama die Europäer zu Aufrüstung der NATO auf und Frau Merkel lässt weiterhin Waffen in die nahöstlichen Spannungsgebiete exportieren.

In dieser Krise betreibt der Westen eine weitere Liberalisierungsoffensive und führt neue Regelungen zu Gunsten der Konzerne ein, auch gegen die „Lokomotiven des Südens“. Eine rasant anwachsende **Gegenbewegung** fordert , *„Gemeinwohl vor Wirtschaftsinteressen: Handelsabkommen **TTIP und CETA** stoppen!“*. Auch die **IG Metall** fordert den Stopp der Verhandlungen.
Gegen das geplante Dienstleistungsabkommen **TiSA** entfaltet sich ebenfalls ein breites Bündnis.

In vielen Ländern Europas wachsen die sozialen Abwehrkämpfe.
Die Massenproteste in **Spanien** hatten ihren vorläufigen Höhepunkt am 22.3. mit dem Marsch auf Madrid: *„ALLE nach MADRID! Keine Zahlung der Schulden! Keine Kürzungen mehr! Weg mit den Regierungen der Troika! Brot, Wohnung, und Arbeit für Alle !!!“* **Attac Spanien** hat daran teilgenommen und u.a. erklärt: *„Der Kapitalismus muss überwunden werden!*

Es gibt Streiks im öffentlichen Dienst – in Deutschland wie in Griechenland;
die zentrale Demonstration der europäischen Gewerkschaften (**EGB**) in Brüssel am 4.4. findet unter dem Motto „Ein neuer Weg für Europa“ statt; viele weitere Widerstände finden in den Mainstream-Medien keine Beachtung.
Es läuft eine breite Vernetzung „von unten“: In immer mehr Städten in Europa werden von Blockupy und weiteren Netzwerken die **Mai-Aktionstage** vorbereitet und es wird alles dran gesetzt, linke Alternativen breit bekannt zu machen und Menschen für ein Mitstreiten zu gewinnen. Diese Aktionstage sind auch eine notwendige Antwort auf das Erstarken der rechtsradikalen Parteien.



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**
Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Elke Michauk, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Peter Wahl

Ukraine-Konflikt: It's geopolitics, stupid!

Rückfall in Schwarz-Weiß

Die Integration der Krim in den russischen Staatsverband ist der vorläufige Höhepunkt einer Eskalationsspirale, die im letzten November vergleichsweise harmlos begann. Beteiligt waren neben ukrainischen Akteuren von Anfang auch die EU, die USA und Russland. Wenn man aus dieser Gesamtentwicklung nur einen Teilabschnitt herauslöst, kommt man nicht nur zu einer selektiven Wahrnehmung der Wirklichkeit, sondern ist auch zu einer konstruktiven Problemlösung unfähig, schreibt Peter Wahl.

Als der Kalte Krieg endete, schien auch plattes Schwarz-Weiß-Denken in den Ost-West-Beziehungen obsolet geworden zu sein; zumal mit der Globalisierung Interdependenzen und Komplexität im internationalen System noch einmal dramatisch zugenommen hatten. Jetzt feiert die Einteilung der Welt in Gut und Böse wieder fröhliche Urständ, und das lange bevor die Bevölkerung der Krim sich für Russland entschied. Wie im Lehrbuch für Konflikttheorie gibt es die typischen Begleiterscheinungen: manipulative Berichterstattung von grotesken Ausmaßen, hemmungslose Feindbildproduktion, Ausgrenzung von kritischen Stimmen im eigenen Lager. Wer sich der binären Logik entzieht, wird zum Putinversteher, so etwas wie die aktuelle Variante des vaterlandslosen Gesellen. Es geht dann nur noch darum, auf der richtigen Seite zu stehen, Recht zu haben und zu gewinnen.

Permanentes Roll-back gegen Russland

Geopolitik ist grundsätzlich problematisch. Ihr ist die Logik des Kampfes um die Stellung des eigenen Landes im internationalen System inhärent. Ressourcen sind dabei Militär, ökonomische und technologische Stärke, politische und kulturelle Ausstrahlung. Daher verhält sich systemkonform, wer Machtressourcen akkumuliert und in Stärke nach außen verwandelt. Insofern ist in Geopolitik ein Moment von Expansivität strukturell angelegt.
Wie jede Ideologie erfasst Geopolitik aber auch einen Teil der Wirklichkeit, zumal wenn diese Weltsicht für die Akteure handlungsleitend ist. Dies gilt für EU ebenso (s. demnächst Joachim Becker) wie für die USA und Russland.

Nimmt man den Gesamtprozess und nicht nur einen genehmen Ausschnitt in den Blick, wird als Grundmuster der westlichen Politik ein permanentes Roll-back Russlands sichtbar. Im postsowjetischen Chaos der Ära Jelzin wurde die Schwäche Russlands skrupellos ausgenutzt. War Gorbatschow bei der deutschen Wiedervereinigung noch blauäugig auf das Versprechen hereingefallen, die NATO würde „sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen“, so konnte Putin bei seinem Amtsantritt die Osterweiterung nur noch zur Kenntnis zu nehmen. Es lag von Anfang an ein Hauch von Versailles über den Beziehungen zwischen den Siegern des Kalten Krieges und Russland.

Die USA führte sich als einzige Supermacht im unipolaren System mit imperialer Arroganz auf (schöne Einzelheiten bei Martin Khor nachzulesen: The hypocrisy of some nations, (1)). Selbst im Falle Libyens, wo Putin einer Flugverbotszone zugestimmt hatte, wurde er von Washington und seinen Hintersassen in Paris und London über den Tisch gezogen.

Doppelstandard oder Wertegemeinschaft?

Als dann die Proteste in Kiew losgingen, wurden sie sofort internationalisiert und gegen Russland instrumentalisiert. So z.B. als Gauck seinen Boykott der Winterspiele ankündigte. So sympathisch der Impetus der Demonstrationen gegen Oligarchen und Korruption ist – auch Putin hat dafür seine Sympathie geäußert – so naiv ist es, die Teilnahme der Ashton, Westerwelle, Kerry und Co. an der Demonstration in Kiew für Solidarität gegen den crony capitalism zu halten. Die tiefe Gespaltenheit des Landes und seine unzähligen Verbindungsfäden mit Russland wurden beiseite gewischt. Es zählte nur das Interesse, das Land aus den Pranken des russischen Bären zu befreien. Und dieser hatte dabei gefälligst die Klappe zu halten. Dass er Edward Snowden Schutz vor Verfolgung gewährt und in Syrien gemeinsam mit China die Wiederholung der Libyen-Nummer abgeblockt hatte, waren ohnehin schon zwei Frechheiten zu viel.

Geopolitik hat ein grundlegendes Legitimationsproblem. Und da die Christianisierung von Heiden oder die Zivilisierung von Wilden heute nicht mehr angesagt sind, wurden Demokratie und Menschenrechte zum Legitimationsanker. Beides in der Tat hohe Güter, aber sie haben einen großen Nachteil: man muss sich selbst dran halten und darf auch bei Dritten keine Ausnahme machen. Sonst kommt nur heuchlerische Doppelmoral heraus.

Nun ist Russland gewiss keine lupenreine Demokratie. Aber es braucht schon die bigotte Selbstgerechtigkeit der USA, um angesichts der totalitären Züge von NSA und Big Data, angesichts des Folterzentrums Guantanamo, der täglichen Killerdrohne und der schwulenfeindlichen Gesetze in zahlreichen Bundesstaaten mehr als eine nur noch quantitative Differenz zu Russland zu erkennen. Und nicht zu vergessen: das notorische Demokratiedefizit der EU, das vordemokratische Notstandsregime im europäischen Krisenmanagement oder die Debatten um Postdemokratie.

All das legitimiert nicht das unverhältnismäßige Vorgehen gegen Pussy Riot, noch das Oligarchen- und Kosakenunwesen oder das reaktionäre Bündnis zwischen Staat und orthodoxen Popen. Aber es entzieht jenen die Glaubwürdigkeit, die sich für Demokratie und Menschenrechte nur dann interessieren, wenn sie ins geostrategische Kalkül passen – also z.B. nicht in Saudi-Arabien, Palästina oder der Türkei. Kein Wunder, wenn 80% der Deutschen gegen Sanktionen sind.

Völkerrecht?

Nicht anders sieht es beim Völkerrecht aus. Beispiel: 2003 begannen die USA ihren Angriffskrieg gegen den Irak, gerechtfertigt mit der fetten Kriegslüge von Saddams Chemiewaffen. Damals mit von der Partie übrigens auch das neue Europa, vorneweg Polen und die drei baltischen Staaten, sowie die Ukraine und Georgien. Sehr gerne hätte auch die damalige Oppositionschefin im Bundestag, Merkel, bei dem Gemetzel mitgemacht. Aber der Genosse der Bosse weigerte sich, bei der Durchsetzung der westlichen Werte in Bagdad mitzumachen.

Über das Verfahren, mit dem die Krim an Russland kam, kann man aus völkerrecht-

licher Sicht streiten. So hält es z.B. der Dekan der juristischen Fakultät an der Uni Nizza, Robert Charvin, für verfassungs- und völkerrechtlich legal (2). Aber man kann es nicht isoliert von der provokativen Eskalationspolitik des Westens betrachten, oder, wie Kissinger sagt: „Der Test von Politik ist nicht wie sie beginnt, sondern wie sie endet." Und da das Ganze dem starken Wunsch der Bevölkerung und damit dem Selbstbestimmungsrecht der UN-Charta entspricht, verfügt es mindestens über so viel demokratische Legitimität wie die Veränderung der Grenzen in Europa durch die Unabhängigkeit des Kosovo.

Haudraufpolitik löst keine Probleme

Der kurze Sommer der unipolaren Weltordnung ist vorbei. Die USA und ihre Juniorpartner werden sich daran gewöhnen müssen, dass das internationale System zu einer polyzentrischen Ordnung wird. Soll diese nicht in neuen Blöcken und Kalten Kriegen erstarren – schon jetzt bildet sich eine Achse Moskau-Peking als Reaktion auf das transatlantische Kondominium – braucht es statt hergebrachter Geopolitik Kooperation, Interessenausgleich, Entspannung und Deeskalation, kurzum: Wandel durch Annäherung – auch im Westen.

Schließlich gibt es neben der Gesichtswahrung von US-Präsidenten auch noch ein paar andere Menschheitsprobleme: den Klimawandel, die globale Armut und einige mehr.

Veröffentlicht: 24.3.2014
in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 24. März 2014 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)!

(1) http://www.thestar.com.my/Opinion/Columnists/Global-Trends/Profile/Articles/2014/03/10/The-hypocrisy-of-some-nations/
(2) www.lapenseelibre.org

Solidar-Werkstatt in Österreich

Ausstieg aus dem Auswärtigen Dienst der EU!

Werkstatt Rundbrief 6/14

Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union kollaboriert offen mit Faschisten in der Ukraine, um das Land wirtschaftlich und militärisch an den Westen zu binden. Wenn Österreich Antifaschismus und Neutralität ernst nimmt, müssen wir sofort aus dem Auswärtigen Dienst der EU aussteigen!

Für ein neutrales und antifaschistisches Österreich!

Im November 2013 weigerte sich die ukrainische Regierung ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Dieses Abkommen bedeutet die neoliberale Öffnung der Ukraine für EU-Konzerne und damit – wir haben gerade Anschauungsunterricht in Bosnien – Massenarbeitslosigkeit und weitere Verarmung. Dieses Abkommen sieht auch die Einbindung der Ukraine in die EU-Militärpolitik vor, etwa durch die Einbeziehung ukrainischer Truppen in EU-Kampfverbände.
Nach der Weigerung, dieses Abkommen zu unterzeichnen, brach in Kiew und der Westukraine eine Revolte los, der sich sicherlich viele Menschen angeschlossen haben, um ihrem berechtigten Unmut über viele Missstände der Regierung Janukowitsch Luft zu machen.
Gesteuert wurde dieser Aufstand jedoch maßgeblich über führende Kreise von EU und USA und deren Interesse, den ukrainischen Markt und das ukrainische Territorium für Westkonzerne und Westmilitär in Besitz zu nehmen. Die Bodentruppen stellten neofaschistische und offen antisemitische Organisationen wie „Swoboda" oder der gewalttätige „rechte Sektor", die sich stolz als Nachfahren jener Verbände bezeichnen, die sich während des 2. Weltkriegs am Massenmord der Nazis an ukrainischen Juden beteiligten.

Die Kollaboration des Auswärtigen Dienstes der EU und des deutschen Außenamtes mit ukrainischen Faschisten hat lange vor den Aufständen begonnen. Kurz vor dem Staatsstreich posierten EU-Außenbeauftragte Ashton und der deutsche Außenminister Steinmeier beim Handshake mit Oleh Tiahnybok, dem Führer der Faschistenpartei Swoboda. (...)

Höchste Staatsämter für Faschisten

Swoboda ist für ihre gewalttätigen Hilfsdienste bei diesem Putsch bereits mit höchsten Ämtern belohnt worden. Mehrere Minister, der Vizepremier und der Generalstaatsanwalt stammen aus den Reihen der Faschisten. Die erste Amtshandlung der Putsch-Regierung bestand darin, die Rechte der russisch-sprachigen Bevölkerung zu beschneiden.
Den Janukowitsch-Oligarchen folgen die Timoschenko-Oligarchen, oftmals sind es sogar dieselben, die es geschmeidig verstehen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Der neue Staatschef Arzenjuk hat bereits angekündigt, dass es nun der Ukraine „das griechische Modell" (Die Presse, 3.3.2014), also massiven Sozialabbau, aufzwingen werde. Auf der Strecke bleiben die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung, darunter viele, die im guten Glauben und mit guten Gründen gegen die alte Regierung protestiert haben.

Ebenso droht die Einheit des Landes auf der Strecke zu bleiben. Der neue kalte Krieg zwischen den Großmächten kann jederzeit in einen heißen umkippen. Dass ausgerechnet die westlichen Machteliten, die von Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien bis tief in den afrikanischen Kontinent hinein eine Blutspur gezogen haben, deren völkerrechtswidrige Kriege Millionen von Menschen getötet, verstümmelt bzw. zu Flüchtlingen gemacht haben und die sich jetzt mit einem braunen Staatsstreich militärisch an die russische Grenze herantasten, nun Russland den Vorwurf imperialistischer Großmachtspolitik machen, ist an Heuchelei kaum mehr zu übertreffen.

Militärblöcke spalten – Neutralität verbindet!

Wir treten für die Einheit der Ukraine ein, sie ist jedoch nur zu sichern, wenn das Land eine blockunabhängige, gegenüber Russland und dem Westen eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik betreibt, statt sich in die militärischen Arme von EU und NATO zu begeben. Österreichs Neutralität könnte dafür ein Vorbild sein.
So wie in der Ukraine muss diese Neutralität jedoch auch in Österreich erst von unten erkämpft werden. Denn gerade die beschämende Unterstützung der österreichischen Außenpolitik für die Kollaboration der EU mit ukrainischen Faschisten zeigt eines überdeutlich: Wenn wir Neutralität und Antifaschismus verteidigen bzw. wieder gewinnen wollen, müssen wir aus dem Auswärtigen Dienst der EU aussteigen, unter dessen Dach die EU-Außen- und Militärpolitik vereint sind.
Eine neutrale Außen- und Friedenspolitik Österreichs wäre gerade jetzt wichtiger denn je, um zwischen den Großmächten zu vermitteln, und um in der Ukraine jene Kräfte zu unterstützen, die für Antifaschismus und die Einheit des Landes auf der Grundlage von Blockunabhängigkeit und Neutralität eintreten. Militärblöcke spalten, Neutralität verbindet!

URL: http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1018&Itemid=1

Friedensratschlag: Rechtsradikale in der Ukraine

(...) Ein auch nur oberflächlicher Blick auf die Zusammensetzung der Opposition und auf die Wortführer und Organisatoren der Proteste auf dem Maidan hätte zu Tage gefördert, dass die rechts-nationalistische Partei „**Svoboda**“ und der militant und sehr bald auch bewaffnet auftretende „**Rechte Sektor**“ den Ton angaben und die Richtung der Proteste bestimmten. Ihr Anführer Dimitri Jarosch hat zwei Jahrzehnte lang bewaffnete Nationalisten ausgebildet, so dass sein „Rechter Sektor“ über mehrere Tausend bewaffnete Kämpfer verfügt. Er ruft zum „nationalen Befreiungskrieg“ und für die „Entrussifizierung der Ukraine“ auf (Spiegel online, 03.03.2014).

Diese Kräfte kaperten eine anfänglich von friedlich gesinnten Demonstranten beherrschte Bewegung, besetzten Rathäuser und zuletzt auch das Parlament und den Regierungssitz des Präsidenten und unterliefen alle Versuche zur Mäßigung und zu einem Kompromiss. Auch die durch die EU vermittelte Vereinbarung zwischen dem amtierenden Präsidenten Janukowitsch und der Opposition (vertreten durch Klitschko, Janzenjuk und Tjagnibok) wurde von den Rechtsradikalen nicht akzeptiert: Sie bestanden darauf, den Präsidenten davonzujagen und drohten mit weiterer Gewalt, wenn ihre radikalen Forderungen nicht erfüllt würden.(...)

In der Folge wurde – unter Umgehung der ukrainischen Verfassung und unter dem Druck des Maidan – eine **neue Regierung installiert**. Allein schon ihre mangelnde Legitimität macht es Russland leicht, den Dialog mit ihr abzulehnen.

Bedeutender noch: In ihr hat eine Reihe rechtsradikaler und antirussischer Nationalisten wichtige Ministerien und Funktionen erhalten: Oleksandr Sytsch (stellv. Vorsitzender der rechtsextremen Partei „Svoboda“) wurde Vizepremierminister; Andrej Parubi (er kommandierte die bewaffneten Kräfte auf dem Maidan) wurde Vorsitzender des ukrainischen Sicherheitsrates und verkündete am 1. März die „allgemeine Mobilmachung“; seit Anfang März ist der militante Rechtsradikale Dimitri Jarosch sein Stellvertreter; Oleg Machnitzki wurde zum Generalstaatsanwalt ernannt. Als Anwalt verteidigte er seiner Zeit den Vor--sitzenden von „Svoboda“, Oleg Tjagnibok, der wegen einer antisemitischen Hetzrede („Die Ukraine wird von einer jüdisch-Moskauer Mafia regiert“) vor Gericht stand. Agrarminister wurde schließlich „Svoboda“-Mitglied Igor Schwaika.

Somit war klar, dass die Bestimmung im Sechs-Punkte-Plan vom 21. Februar, wonach eine Entwaffnung der oppositionellen Kampfverbände binnen 48 Stunden erfolgen sollte, nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen wurde.

Auch die ersten „Amtshandlungen“ des Parlaments – das unter der bedrohlichen „Beobachtung“ der rechten Szene stand – ließen nichts Gutes erahnen: **So wurde das liberale Sprachengesetz abgeschafft**, das sprachlichen Minderheiten das Recht auf eine zweite Amtssprache gab, wo die Bevölkerung einer Region zu mehr als 10 Prozent nicht ukrainisch spricht (was in vielen Distrikten der Süd- und Ostukraine der Fall ist, hier wird vielfach russisch gesprochen).

Und – fast noch alarmierender – **es wurde das Verbot faschistischer Propaganda aufgehoben.** Man stelle sich nur einmal vor, hier zu Lande würden nationalsozialistische Schriften, Embleme usw. wieder frei zugelassen! Man stelle sich weiter vor, bewaffnete Rechtsradikale besetzten Rathäuser, Gerichte, Büros der früheren Regierungsparteien, machten Jagd auf unliebsame Politiker und bedrohten anderssprachige oder jüdische Bürger/innen! Israel hat zum Schutz jüdischer Bürger ein Team nach Kiew geschickt, um ukrainische Juden in Selbstverteidigung zu trainieren.

(Auszüge aus der Erklärung vom 9.März)

Heiner Flassbeck

Russland und die Wirtschaftssanktionen – wie der Westen Russland arm und sich selbst reich rechnet

20.März 2014

Und wieder ist der Wunsch der Vater des Gedankens: In den Medien und in den Expertenzirkeln wird gemutmaßt, wie empfindlich Russland von westlichen Wirtschaftssanktionen getroffen werden könnte. Und natürlich, wie könnte es anders sein, ist die Mehrheit der Experten der Meinung, das Land werde hart getroffen, wenn es weniger westliche Güter und weniger westliches Kapital einführen könnte.

Vorneweg verkündete schon vor Tagen Spiegel-Online (1) (Nikolaus Blome, das ist der Mann, der von BILD kam), dass Putin der Verlierer ist. Die Begründung war und ist mit naiv kaum noch zu beschreiben: *„Russland ist längst Teil der Weltwirtschaft, braucht zur Modernisierung des Landes ausländische Investitionen und Know-how. Davon schneidet Wladimir Putin sein Land ab, zum eigenen Schaden“*. Das Handelsblatt (2) hat immerhin mitbekommen, dass Russland an dem Phänomen leidet, das man „holländische Krankheit“ nennt, also einer übergroßen Abhängigkeit von Industriegütereinfuhren (meist begünstigt durch eine übermäßige Aufwertung der Währung), die vor allem durch Rohstoffexporte bezahlt werden.

Wenn Letzteres stimmt, wofür einiges spricht, dann sind die vom Westen angedachten Sanktionen hervorragend dazu geeignet, diese Krankheit zu heilen.

Erstens hilft die schon in Gang gekommene Abwertung des Rubel, die Abhängigkeit von Importen zu vermindern. Das ist in der Tat das Beste, was dem Land passieren kann, weil es in den vergangenen Jahren viel zu viele Güter zu Lasten der eigenen Industrie eingeführt hat, die es auch im Lande hätte produzieren können.

Verringert der Westen den Verkauf solcher Güter an Russland durch Sanktionen noch zusätzlich, desto besser, weil die Umstellung auf inländische Produktion dann umso schneller geht. Man muss in Russland keine westlichen Autos fahren und, selbst wenn man sie fahren will, kann man den Kauf eines neuen Autos oder einer neuen Maschine in der Regel leicht um einige Jahre aufschieben, nämlich genau so lange, bis man sie auch zu Hause produzieren kann.

Umgekehrt ist es im Westen. Wer von Rohstoffen abhängig ist und keine großen eigenen Reserven besitzt, kann sehr schnell in eine Situation geraten, in der selbst eine kleine physische Verknappung den Preis dieser Rohstoffe erheblich in die Höhe treibt – zumal wenn die physischen Rohstoffmärkte von den Finanzmärkten dominiert werden. Letztere geraten leicht bei jeder kleinen Preisbewegung oder überschaubaren politischen Aktionen in Panik und tendieren dazu, eine einmal in Gang gekommene Bewegung beträchtlich zu verstärken. Also Vorsicht, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

(1) http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-ukraine-warum-putin-verloren-hat-der-kommentar-a-958597.html

(2) http://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftskraft-laesst-nach-scheinriese-putin/9627432.html

http://www.flassbeck-economics.de/russland-und-die-wirtschaftssanktionen-wie-der-westen-russland-arm-und-sich-selbst-reich-rechnet/

Einige Hinweise auf weitere Analysen und Stellungnahmen

1. Welche Interessen?

Das Diktat des IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) stützt die Wirtschaft der Ukraine mit einem milliardenschweren Hilfspaket. Bis 2016 will er Kiew 14 bis 18 Milliarden Dollar als Kredite zur Verfügung stellen. Natürlich verknüpft das der IWF mit einem harten "Reformprogramm", wovon die Finanz- und Haushaltspolitik sowie die Energiepolitik betroffen sein werden. Das ukrainische Öl- und Gasunternehmen Naftogaz hat bereits bekannt gegeben, die Gaspreise ab Mai um mehr als 50 Prozent zu erhöhen. Dies sei auf Anweisung des IWF geschehen. Die schrittweise Erhöhung der Gaspreise und Heiztarife auf ein kostendeckendes Niveau sei ein entscheidender Schritt, schreibt der IWF laut Zeit-Online. Demnach komme die ukrainische Übergangsregierung um einen drastischen Sparkurs nicht herum: "Bis zum Jahr 2016 soll das Haushaltsdefizit auf 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung sinken – im vergangenen Jahr lag es noch bei 4,5 Prozent."
(Quelle: Die ZEIT, online, 27.03.2014)

IMI-Studie 2014/02b: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie, Jürgen Wagner , Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte,
http://www.imi-online.de/download/2014_02b_jwagner.pdf

Analyse von **Helmut Schmidt**:
http://www.zeit.de/politik/2014-03/schmidt-krim-putin

Kai Ehlers: Vom europäischen Traum zur Europäischen Union

(…) Unzweideutig schrieb Brzezinski gleich nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 in seinem Buch „The grand chessboard" (Deutsch: Die einzige Weltmacht), in dem es darum geht, wie die USA ihre durch die Implosion der Sowjetunion entstandene Vormacht sichern könnten, wer Eurasien beherrsche, beherrsche die Welt. Wer aber Eurasien beherrschen wolle, müsse Russland beherrschen. Wer Russland beherrschen wolle, müsse die Ukraine aus dem russischen Einflußbereich herausbrechen. Entlang dieser Linie verfolgten NATO und EU seit 1991 ihre nach Osten gerichtete Erweiterungs- und Einkreisungspolitik rund um das russische Kernland – Osteuropa, Kaukasus, Zentralasien. Ergebnis waren die „farbigen Revolutionen": 2003 „Rosenrevolution" in Georgien; 2004 „Orangene Revolution" in der Ukraine; 2005 „Tulpenrevolution" in Kirgisien; 2006 ein Versuch in Weißrussland, der aber scheiterte. Millionenschwere „Entwicklungshilfe" der USA und der EU begleiteten diese Prozesse.
(http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa1/ehlers.html)

Putins Rede vom 19. März 2014:
http://www.chartophylakeion.de/blog/2014/03/18/putins-rede-zum-beitritt-der-krim/#.UzEsYuMkVKy

Der russische Präsident Putin hat in seiner Rede vom 19.3.2014 skizziert, wie sich die Abläufe nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation im Jahr 1989/1990 folgende aus russischer Sicht darstellen. Das entspricht – den Kern der Ergebnisse der Entspannungspolitik betreffend – dem, was ich konkret als Mitarbeiter von zwei Bundeskanzlern, die für die Vertrags- und Entspannungspolitik verantwortlich waren, und als Bundestagsabgeordneter von 1987 bis 1994 miterlebt habe. Die Russen konnten sich nach Äußerungen maßgeblicher westlicher Politiker darauf verlassen, dass die Konfrontation zwischen West und Ost ein Ende haben wird und man gemeinsam in einer europäischen Friedensordnung leben kann und will. Dem widersprach dann, was im weiteren Verlauf mit NATO-Ausdehnung bis an die Grenze Russlands und ständiger EU-Erweiterung, sozusagen als Vorhut der NATO-Ausdehnung, geschehen ist.
aus: http://www.nachdenkseiten.de/?p=21147)

2. Krim: Völkerrechtlich ok oder nicht?

Kooperation für den Frieden zu Krim-Referendum und Sanktionenspirale
Eine andere Politik ist nötig: Kooperation statt Konfrontation, zivile Konfliktbearbeitung statt Sanktionen
Die Kooperation für den Frieden kritisiert das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands, wozu das Referendum vom Sonntag gehört, ebenso wie die destruktive Politik des Westens. Das Referendum mit seiner Mehrheitsentscheidung für einen Anschluss an Russland hat eine neue Situation geschaffen. Sie legitimiert für beide Seiten das weitere Anheizen der Auseinandersetzung: Der Westen wird seine angekündigten Sanktionen umsetzen, Russland die Eingliederung der Krim vorantreiben und möglicherweise ihrerseits mit Sanktionen gegen den Westen antworten.
http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/Erklaerung_Koop-Frieden_Ukraine__17.03.14_.pdf

S. auch: **Knut Mellethin: Strittige Rechtslage,** http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/gesch.html

Norman Paech: Einseitige Unabhängigkeitserklärung verboten-
Völkerrecht wurde geschaffen, um Krieg zwischen den Parteien zu verhindern *,
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/paech.html

3. Friedensbewegung:

Friedensratschlag: Stellungnahme "Verhandeln ist besser als Schießen"
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/baf.pdf

Peter Strutinksi: Die in linken Kreisen viel beachteten NachDenkSeiten haben sich vor kurzem auf die Suche nach einer "neuen" Friedensbe-wegung gemacht, weil sie die "alte" offen-bar nicht finden konnten. Dem entsprechen-den Artikel des verdienstvollen Hauptma-chers der Seiten, Albrecht Müller, habe ich in aller Freundschaft eine ausführliche Antwort geschickt, die auch prompt veröffentlicht wurde:
http://www.nachdenkseiten.de/?p=21196#more-21196

Die Kooperation für den Frieden bezweifelt, dass Deutschland aufgrund seines grausamen Vorgehens in der Ukraine und auf der Krim während des 2. Weltkrieges, sowie seiner Unterstützung der Ost-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges, ein glaubwürdiger Vermittler in der Krise sein kann.
Deutschland und der Westen haben, besonders durch die **NATO**, mit ihrer Machtlogik und Expansionspolitik der letzten 20 Jahre, wie der Aufnahme ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in die Nato, das Schieben ihrer Raketenabwehr gen Osten und die geplanten EU-Assoziierungen, diesen Konflikt maßgeblich mit provoziert.
Die Kooperation für den Frieden sieht einen friedlichen Weg in einem System kollektiver Sicherheit, das Sicherheit miteinander anstatt gegeneinander schafft. Dafür kann an die Erfahrung der KSZE-Verhandlungen angeknüpft werden, es muss abgerüstet und es müssen den Interessen aller Seiten Rechnung getragen werden. Die Politik der Konfrontation, des Freund-Feind Denkens muss überwunden werden. Die drängenden Probleme der Menschheit können nur gemeinsam gelöst werden. Ohne Drohungen, Misstrauen und Blockbildung.
http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/Erklaerung_Koop-Frieden_Ukraine__17.03.14_.pdf

Einige Internet-Seiten mit vielen Links:
Bundesweite Attac-Arbeitsgruppe „Globalisierung und Krieg"
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/ukraine/
CADTM (leider nur auf Französisch,
http://cadtm.org/Ukraine,853?lang=fr
Friedensratschlag: http://ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/Welcome.html

Pankaj Mishra

EUROPAs schmeichelhafte Selbstbilder

Dankrede zur Verleihung des Leipziger Buchpreises zur Europäischen Verständigung im Gewandhaus zu Leipzig am 12. März 2014

„Die Idee Europas als Verkörperung von Vernunft und Freiheit wurde von Asiaten niemals uneingeschränkt geteilt. Die rasche Ausdehnung der britischen, französischen und holländischen Kolonialreiche in Asien, Afrika und Lateinamerika schien europäische Ansprüche auf moralische, geistige und politische Überlegenheit zu bestätigen. Solche schmeichelhaften Selbstbilder hätten die blutigen brudermörderischen Konflikte des frühen 20. Jahrhunderts eigentlich nicht überleben sollen. Dennoch erleben wir in den letzten Jahren ein neues Selbstverständnis, in dem Europa und die Vereinigten Staaten als ständige Garanten der individuellen Freiheit und als Horte der Vernunft, der Freiheit und der Demokratie erscheinen.“

Es ist mir eine große Ehre, den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung entgegenzunehmen. Ich könnte indessen verstehen, wenn die Entscheidung der Jury bei manchen Europäern auf Unverständnis stieße.

Aus den Ruinen des Empires ist keine Darstellung europäischer Ereignisse. Das Buch handelt von Indien, China, Ägypten, dem Iran, der Türkei und anderen Ländern, die im 19. Jahrhundert von europäischen Mächten unterjocht wurden. Die Hauptfiguren des Buchs sind asiatische Intellektuelle, Schriftsteller und Aktivisten. Man könnte daher die Frage stellen: Inwiefern sollte es das Selbstverständnis Europas befördern, wenn man etwas über diese Leute erfährt?

Eine mögliche Antwort lautet, dass Europa immer schon in meinem Selbstverständnis – und in dem von hunderten Millionen Asiaten – präsent war. Auch wenn ich in Indien geboren wurde und in meiner Familie kein Englisch gesprochen wurde, prägten doch europäische Bücher meinen Wunsch, Schriftsteller zu werden. Einige davon waren in englischer Sprache geschrieben, viele waren englische Übersetzung deutscher Schriftsteller wie Thomas Mann und Hermann Hesse, später dann Robert Musil und Hermann Broch. Die traumatischen Erfahrungen Deutschlands als später Modernisierer – und die soziologischen Erkenntnisse im Werk Max Webers, Georg Simmels und der Frankfurter Schule – waren und sind von wesentlicher Bedeutung für das Verständnis vieler sozialer und politischer Aspekte des indischen Nationalstaats: seiner zahlreichen Wirtschaftskrisen, der politischen Instabilität und der verbreiteten Sehnsucht des Bürgertums und der Wirtschaft nach einem autoritären Führer.

Vor einem Jahrzehnt begann ich die Arbeit an einem Buch über den Buddha. Die Erinnerung an den Mann und seine Ideen war in Indien geschwunden, obwohl die Empfänglichkeit für seine Lehren in anderen Teilen Asiens zugenommen hatte. Anfangs waren meine Führer Schopenhauer und Nietzsche, die viel und meist zustimmend über den Buddhismus geschrieben haben. Ich wusste, dass diese Männer große europäische Philosophen waren. Ihr hohes Ansehen stärkte und vertiefte mein Interesse an einer indischen Philosophie, die in Indien selbst weitgehend in Vergessenheit geraten war. Von großem Nutzen war mir außerdem die wissenschaftliche Arbeit deutscher Indologen wie Max Müller, Hermann Oldenburg und Paul Deussen.

Es mag seltsam anmuten, dass im späten 20. Jahrhundert ein indischer Schriftsteller bei der Erkundung seiner eigenen historischen und geistigen Tradition auf die Hilfe deutscher Denker des 19. Jahrhunderts angewiesen sein sollte. Aber bei meiner Arbeit an einem Buch über den Buddhismus stieß ich auf eine weitere Bemühung um ein besseres Selbstverständnis, das gleichfalls auf der Philosophie und Literatur in einem anderen Teil der Welt basierte. Ich meine natürlich die im frühen 19. Jahrhundert in Deutschland aufkommende Faszination für Indien, die in einem tiefen Zusammenhang mit dem Projekt nationaler deutscher Selbstbestimmung stand.

Viele der größten Denker dieser Zeit, von Herder bis Friedrich Schlegel, versuchten, eine von griechisch-römischen und christlich-jüdischen Traditionen unabhängige deutsche Identität zu begründen. Sie hofften, Deutschland werde sich selbst und das übrige Europa erneuern, und diese Bemühungen brachten zahlreiche Denkströmungen zusammen – Romantik, Nationalismus und Indologie. Die pantheistisch geprägten indischen Religionen wirkten anziehend auf Deutsche, die die spirituelle Einheit der Welt postulierten und die vorherrschende französische Kultur der Aufklärung zu kritisieren versuchten.

Die »Indogermanen«, wie man viele dieser Denker bald nannte, suchten in indischen Schriften nach Erklärungen für die Wanderungsbewegungen germanischer Stämme. Sie verknüpften den deutschen Idealismus mit der hinduistischen Philosophie und fanden in der Sanskritliteratur poetische Inspiration für ihre romantischen Ergüsse.

Die Reaktion auf den französischen Klassizismus verleitete Friedrich Schlegel, den Vater der Indologie, sogar zu der Behauptung, alles, wirklich alles habe seinen Ursprung in Indien. Trotz solcher Übertreibungen trugen deutsche Übersetzungen und Interpretationen indischer Philosophie dazu bei, dass diese Philosophie zum Bestandteil des umfassenden Wissensbestandes der Menschheit im 19. Jahrhundert wurde. Sie hatten großen Einfluss auf die amerikanischen Transzendentalisten Emerson und Thoreau, die eine neue Sicht der Neuen Welt zu entwickeln versuchten.

Nicht alle Versuche, über das Studium fremder Traditionen ein eigenes Selbstverständnis zu entwickeln, waren harmlos. Wie wir wissen, wurde die deutsche Indologie mit ihrer obsessiven Fixierung auf rassische Ursprünge zur Komplizin des verbrecherischen Projekts des Nationalsozialismus.

Kaum Aufmerksamkeit haben wir dagegen einem weitaus einflussreicheren Selbstverständnis geschenkt, in dem die **Europäer als Herrenrasse erscheinen, deren Aufgabe es sei, den Rest der Welt zu zivilisieren** – eine Sicht, die sich der Herabsetzung der übrigen Gesellschaften verdankte, aber **bis heute ein erstaunliches Maß an Legitimation genießt**.

Ich meine natürlich das fortbestehende Bild von Ländern wie Indien und China, das **Hegel** in seinem dialektischen System vorstellte, dem ersten ambitionierten Versuch einer Beschreibung der gesamten Weltgeschichte, in dem Asien rasch auf die Stellung des hoffnungslos Rückständigen verwiesen wurde. Hegels Sicht, wonach die Europäer die moderne Welt schufen und die Modalitäten wie auch den Maßstab des Fortschritts bestimmten, machte Schule.

Verachtung für Religion und Kultur

Asiens wurden in der auf Globalisierung drängenden europäischen Elite zum Gemeinplatz und traten an die Stelle des früheren orientalistischen Interesses daran. Selbst für den namhaften Liberalen **John Stuart Mill** war Indien eine rückständige, zur Selbstregierung unfähige Gesellschaft, die eine Phase europäischer Herrschaft benötigte. Die rasche Ausdehnung der britischen, französischen und holländischen Kolonialreiche in Asien, Afrika und Lateinamerika schien europäische Ansprüche auf moralische, geistige und politische Überlegenheit zu bestätigen.
Solche schmeichelhaften Selbstbilder hätten die blutigen brudermörderischen Konflikte des frühen 20. Jahrhunderts eigentlich nicht überleben sollen. Dennoch erleben wir in den letzten Jahren ein neues Selbstverständnis, in dem Europa und die Vereinigten Staaten als ständige Garanten der individuellen Freiheit und als Horte der Vernunft, der Freiheit und der Demokratie erscheinen.

Viele dieser wirren Selbstbilder haben ihren Ursprung in dem uralten gefährlichen Verlangen, sich selbst zu definieren, indem man »den Anderen« – Juden, Kommunisten oder Muslime – marginalisiert oder dämonisiert. Im frühen 20. Jahrhundert tilgte ein Teil Europas, der entschlossen war, sich als christlich zu definieren, die langen Jahrhunderte des **Islam** aus seiner Geschichte. Die größten modernen Denker Spaniens, José Ortega y Gasset und Miguel de Unamuno, stellten den Islam als unglückseligen Einbruch in die Geschichte Europas dar und bestritten entschieden jeden arabischen Einfluss auf die europäische Kultur.
Dieser Drang hat sich im Zeitalter der Masseneinwanderung aus muslimischen Ländern noch verstärkt. In dem Wunsch, die Muslims als die nicht assimilierbaren »Anderen« Europas abzustempeln, erklärte der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, Frankreichs Wurzeln seien »im Wesen christlich« – eine denkbar blasphemische These in einem Land, das von sich behauptet, das Produkt der säkularen Aufklärung zu sein.

Die **Idee Europas als Verkörperung von Vernunft und Freiheit** – ein ideologischer Gedanke, der sich während der langen Pattsituation zwischen der sogenannten »freien« Welt und dem totalitären Kommunismus verfestigte – wurde von Asiaten niemals uneingeschränkt geteilt und kann auch nicht von ihnen geteilt werden.
Für sie gibt es keine »Idee« Europas. Es gibt viele »Ideen Europas«, darunter zumindest in asiatischen Augen der Imperialismus ebenso wie die liberale Demokratie, rassische und religiöse Intoleranz ebenso wie individuelle Freiheit und der Kampf für Gerechtigkeit.
In Süd- oder Ostasien, wo die hasserfüllten Gefühle des Zweiten Weltkriegs gefährlich zu neuem Leben erwacht sind, können viele nur staunen über den Frieden, den Deutschland und Frankreich nach Jahrhunderten blutiger Konflikte miteinander geschlossen haben.
Aber wir können unsere Augen nicht vor der alten politischen und moralischen **Herausforderung** des Kontinents verschließen: dem **Umgang mit sozialen und kulturellen Unterschieden.**
Schon vor den Grausamkeiten des frühen 20. Jahrhunderts war die Bilanz Europas auf diesem Gebiet entmutigend. Wie mein Buch zeigt, sahen die eifrigsten Nachahmer in Asien – anglophile Inder und frankophile Vietnamesen – sich schon bald mit rassischen und religiösen Barrieren konfrontiert. Dauerhafte Unterlegenheit schien selbst das Schicksal der **Japaner** zu sein, die von allen Asiaten noch am schnellsten und eifrigsten die scheinbar überlegenen rationalen Rechtssysteme und Institutionen der europäischen Zivilisation übernahmen. Erst in jüngster Zeit haben die **Türken** die bittere Erfahrung eines gescheiterten Versuchs gemacht, in den **rassisch exklusiven Klub Europas** aufgenommen zu werden.

Der gegenwärtige Aufstieg **rechtsextremer Parteien** zeigt, dass Europa heute erneut um den Umgang mit seinen Minderheiten kämpft, die vielfach als billige Arbeitskräfte aus ehemals beherrschten Ländern geholt wurden. Es ist nicht nur verblüffend, sondern auch entmutigend, wenn man sieht, dass nicht nur Rechtsextreme, sondern auch viele liberale Politiker und Intellektuelle in Europa mit einem Mehrheitsnationalismus flirten, als Reaktion auf eine zumindest nach asiatischen Maßstäben äußerst begrenzte Erfahrung mit sozialer Vielfalt und politischem Extremismus.
Wir beobachten heute eine seltsam **paradoxe Entwicklung**. Die Auswirkungen und Folgen der **Globalisierung**, der ökonomischen und geistigen Vereinigung der Welt, treten klarer zutage als jemals zuvor, aber das hat eher zu intellektueller Verblüffung und Arroganz als zu Klarheit, Bescheidenheit und Einsicht geführt.
Großbritannien, das einen unwiderruflichen Niedergang erlebt und sich absondert, ist immer noch in steriler Weise besessen von seinen großen Siegen über Deutschland in den beiden Weltkriegen.
Inzwischen bringt ein im Aufstieg begriffenes Asien seine eigenen Teilnarrative hervor. Die Führer des aufsteigenden **China** verweisen auf ein »Jahrhundert der Demütigung« durch westliche Mächte und betonen zugleich ihre lokale und internationale Macht.
Die politische Selbstbehauptung der islamischen Länder und der Aufstieg des chinesischen Nationalismus führen uns die **vernetzte, aber äußerst ungleiche Welt vor Augen, die der europäische Imperialismus geschaffen hat**.
Versuche, das europäische Selbst durch die gewaltsame Abgrenzung gegenüber dem Anderen und durch Gegensätze – zivilisiert und rückständig, Kolonisator und Kolonisierter – zu definieren, können keinen Erfolg haben in einem Zeitalter, in dem der Andere ebenfalls die Macht hat, Geschichte zu schreiben und zu machen.

Der Boden ist bereitet für komplexere Formen des Selbstverständnisses, frei von Selbstgefälligkeit, nationalistischer Mythenbildung und Rassendünkel.

Zum Schluss möchte ich einen großen europäischen Denker – Paul Valéry – zu Wort kommen lassen, der schon früh im 20. Jahrhundert spürte, dass anders, als Hegel glaubte, kein Kontinent oder Land der alleinige Motor der Weltgeschichte sein kann: *»Da sich das Ursachensystem«, schrieb er, »das die Geschicke eines jeden von uns bestimmt, nunmehr über den gesamten Erdball erstreckt, wird dieser auch bei jeder Erschütterung als ganzer in Mitleidenschaft gezogen; Fragen, die umgrenzt blieben, weil sie auf einen Punkt begrenzt waren, gibt es nicht mehr*.«
Wenn wir Valérys Erkenntnis akzeptieren, muss unser Selbstverständnis all jene Gesellschaften und Völker einbeziehen, die so fern und losgelöst von uns erscheinen: vormoderne ebenso wie moderne, asiatische und afrikanische ebenso wie europäische.
Mit seiner Darstellung gemeinsamer Erfahrungen, Dilemmata und Gespräche über politische und geographische Grenzen hinweg soll ***Aus den Ruinen des Empires*** eine bescheidene Einladung an Asiaten wie Europäer sein, **über die Gettos nationalistischer und imperialer Geschichte hinaus zu denken,** in denen die meisten von uns gefangen sind. Ich bin den Lesern, die dieser Einladung gefolgt sind, äußerst dankbar. Und ich verstehe diesen Preis als große Bestätigung der Tatsache, dass unser Selbstverständnis in einer so komplex vernetzten Welt – ob wir nun in Europa, Asien oder Lateinamerika leben – unbedingt weniger provinziell und kosmopolitischer werden muss. Es muss mit unseren Identitäten Schritt halten, die sich in einer ständigen Entwicklung mit unbestimmtem Ausgang befinden. Ich danke Ihnen.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Bischoff.
http://www.mdr.de/buchmesse/download/dankrede-pankaj-mishra-leipziger-buchpreis100.html

Vorwort des Buchs „Aus den Ruinen des Empires" in SiG 107, http://sandimgetriebe.attac.at/10751.html

Gérard Duménil und Dominique Lévy

Die Krise des frühen 21. Jahrhunderts

Marxistische Perspektiven

(in Das Argument Nr.305 erschienen)

Dass der Kapitalismus drei Jahrzehnte nach der Krise der 1970er Jahre unter Umständen, die an die Große Depression der 1930er Jahre erinnern, in eine neue strukturelle Krise geriet, wirft zahlreiche Fragen auf. Die folgende Studie fasst eigene Deutungen zusammen und diskutiert eine Reihe anderer marxistisch beeinflusster Analysen. Diese teilen mit uns eine kritische Analyse des Kapitalismus im Allgemeinen und die Kritik des Neoliberalismus als neuester Phase des Kapitalismus. Nicht überraschen wird, dass die Deutungen der Krise kontrovers bleiben. Selbst über die Große Depression konnte 80 Jahre nach ihrem Eintreten noch kein Konsens bezüglich ihrer tatsächlichen Ursachen erzielt werden.

1. Die Krise des Neoliberalismus

Wir definieren den **Neoliberalismus** als ein Klassen-Phänomen, als eine ›**gesellschaftliche Ordnung**‹, in der die Klassen des Kapitals Macht- und Verteilungsverhältnisse zu ihren Gunsten wiederherstellten, die während des Klassenkompromisses der sozialdemokratischen oder keynesianischen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg relativiert wurden. Die Herrschaft über die Kontrolle der Finanzinstitutionen, die nun zum Vorteil der Klassen des Kapitals arbeiteten – bildete ein herausgehobenes Moment der neuen Ordnung. Als ›Finanzkapital‹ fassen wir die oberen Teile der kapitalistischen Klassen und ihre Finanzinstitutionen zusammen. In diesem Sinn kann die neoliberale Ordnung als finanzielle Hegemonie bezeichnet werden. Der Übergang zu dieser neuen Konfiguration der Macht war jedoch nur in einer Allianz mit dem Management möglich, besonders seiner oberen Teile bzw. ihrer Finanzsegmente.

Wir interpretieren die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus als eine Krise finanzieller Hegemonie. Ihr Ursprung ist demnach bereits in den typischen Mechanismen des neoliberalen Kapitalismus zu finden: in der Finanzialisierung und Globalisierung. Die Kapitalisten strebten zwar immer nach maximalem Gewinn, aber mit dem Aufkommen des Neoliberalismus wurden wesentliche Veränderungen durchgesetzt: eine Disziplinierung der Arbeiter und des Managements (bezüglich des Managements wurde diese Disziplin allmählich überführt ins Bündnis mit dem Finanzkapital), Politik wurde zugunsten der Oberklassen neu definiert, Freihandel versetzte alle Arbeiter der Welt in ein Konkurrenzverhältnis, und die Kapitale waren nun frei, sich auf der Suche nach maximaler Rentabilität um den ganzen Globus zu bewegen. Zu den Mechanismen der Finanzialisierung und der Globalisierung fügten sich Strategien der Deregulierung, die diese Prozesse bedingten.

Die Krise hätte bereits als Resultat dieser ins Extreme getriebenen neoliberalen Strategie ausbrechen können. Sie setzte sich aber schließlich **ausgehend von den USA** durch, weil dort die genannten Transformationen am weitesten fortgeschritten waren und die typischen Mechanismen des neoliberalen Kapitalismus durch eine Reihe anderer US-Besonderheiten verstärkt wurden.

Letztere lassen sich als **Pfad der Ungleichgewichte** beschreiben, sowohl national als auch international. Ihre Hauptkomponenten sind:

1. eine abnehmende Rate der Kapitalakkumulation;
2. ein zunehmender Anteil der Konsumtion (einschließlich der Wohnhäuser) am Sozialprodukt;
3. die zunehmende Verschuldung der Haushalte;
4. das sich ausdehnende Defizit im Außenhandel;
5. die zunehmende Finanzierung der US -Ökonomie durch den Rest der Welt (Außenschulden).

Vor allem die letzten beiden Entwicklungen, die ohne die internationale Hegemonie des Landes und die Position des Dollars als Weltwährung unmöglich gewesen wären, führten zu einer zunehmend fragilen Struktur, in der enorme reale und fiktive Profite gemacht und riesige ›Gehälter‹ für die Finanz-Manager bezahlt wurden.

Realökonomische und finanzielle Momente dieser Entwicklung verliefen nicht unabhängig voneinander. Zum Beispiel wäre die zunehmende Verschuldung der Haushalte unmöglich gewesen, hätten nicht Finanzialisierung und finanzielle Deregulierung dafür die Instrumente geschaffen. Ein anderer Aspekt dieses Wechselverhältnisses zeigt sich in der Globalisierung: Die Entwicklung des Freihandels in einer Welt ungleicher Entwicklung verursachte das zunehmende Defizit des US -Außenhandels. Gefördert wurde es durch Kreditpolitik zur Stimulierung der Inlandsnachfrage (bei unterschiedlichen Arbeitskosten und erodierendem technischen Vorsprung). Zugleich ermöglichte die laxe Kreditgewährung mit der entsprechenden Vielfalt riskanter Finanzinnovationen das Schuldenwachstum der Privathaushalte vor der Krise, das schließlich in der Hypothekenwelle seinen Ausdruck fand.

Tatsächlich war das **Wachstum der Schulden** der privaten und öffentlichen Haushalte ›**nur**‹ **das Gegenstück der wachsenden Außenhandelsdefizite**. Diese schaffen notwendig eine entsprechende Nachfragelücke für heimische Erzeuger. Ein Teil des Einkommens, das aus der Produktion resultiert, wird genutzt, um Käufe von Erzeugern außerhalb der USA zu finanzieren. Wenn Importe größer sind als Exporte, kehrt ein Teil dieser Kaufkraft nicht zu den Erzeugern zurück. Diese ungenügende Nachfrage muss durch neue Kreditströme kompensiert werden (die teilweise wiederum zum Kauf importierter Güter genutzt werden). Ist diese Kompensation nicht gesichert, sinkt die Nutzungsrate produktiver Kapazitäten im Inland, was Unternehmen dazu bringt, ihre Investitionen mit negativer Wirkung auf die Wachstumsrate zu verringern. Ein Defizit des Staatshaushaltes hätte die Aufgabe der Nachfragestimulation

ebenfalls erfüllen können, aber dieses Mittel bewegte sich nicht im Rahmen der neoliberalen Trends vor der Krise. So war der Anstieg kreditgestützter Ausgaben der Haushalte das Resultat einer makroökonomischen Politik, erzwungen durch den Ungleichgewichtspfad der US-Ökonomie in einer globalisierten Ökonomie, nicht durch die Stagnation der Kaufkraft von Lohnempfängern.

Wie bekannt, führte der Kollaps der Hypotheken-Pyramide zur Krise der gesamten fragilen Finanzstruktur und schließlich der Realwirtschaft. Aber die Pyramide war schon da, Ausdruck unhaltbarer, typischer und allgemeiner Trends des Neoliberalismus und v.a. der US -Makroökonomie. Von Beginn an aber wurde die Krise als »Finanzkrise« oder sogar spezifischer als »Subprime-Krise« gedeutet. Zwar bildet die Expansion finanzieller Mechanismen ein zentrales Moment in den Entwicklungen, die zur Krise führten, es ist jedoch nicht angemessen, die Krise als nur ›finanziell‹ zu charakterisieren. Sie muss vielmehr grundsätzlicher als ein Klassen-Phänomen gedeutet werden, d.h. neben der Finanzialisierung müssen Aspekte der Machtverschiebung zwischen den Klassen, der Globalisierung sowie der Ungleichgewichte der US -Ökonomie einbezogen werden.

Zwar konnte in den USA und in Europa die Rezession, die 2009 in der Realökonomie ihre Talsohle erreichte, durch makroökono-ische Politik – Kreditvergaben und Bürgschaften an die Banken, öffentliche Konjunkturprogramme – scheinbar deutlich darunter. Im Prozess der Krise und ihrer Regulierung entwickelten sich so vor allem Staatsschulden. Jede Kürzung öffentlicher Ausgaben hätte eine erneute makroökonomische Destabilisierung zur Folge gehabt. Tatsächlich kann keynesianische Nachfragepolitik immer nur für Atempausen in Phasen der Kontraktionen der Produktion sorgen. Sie basiert auf der Annahme, dass in den Phasen staatlicher Intervention die Makroökonomie ihre Fähigkeit zurückgewinnt, autonom zu wachsen. Keine der grundlegenden Transformationen, die notwendig sind, um die Ökonomie wieder zurück auf einen autonomen Wachstumspfad zu bringen, wurden jedoch durchgeführt – weder in Europa noch in den USA . Große Defizite bleiben notwendig, um die Makroökonomie zu unterstützen. Seit Ende 2011 forcieren die neuen politischen Verhältnisse nun aber den Abbau der Staatsdefizite. Die Krise tritt damit in eine neue, nun spektakulärere Phase ein, in der Kontraktionen und Abstürze der Produktion zu erwarten sind.

2. Kontroversen um die Krisenursachen

In der gegenwärtigen Krise entstand (erneut) eine große Debatte über die Entwicklung der Profitrate. Nahm diese vor der Krise ab und verursachte so die Krise? Aber auch Debatten über Verteilungsverhältnisse und damit die Rolle der Nachfrage in der Entstehung und im Verlauf der Krisen wurden geführt. Eine zentrale Schwierigkeit, Entwicklungstendenzen der Profitrate eines Landes oder eines Wirtschaftsektors empirisch zu erfassen, besteht darin, ihre Bestimmungsgrößen zu definieren. Die in Abb. 1 dargestellte obere Linie resultiert aus einer Berechnung der Profitrate ›à la Marx‹: Profite bilden hier das gesamte Einkommen minus der Zahlungen für die Entlohnung der Arbeit. Auf dieser Grundlage oszilliert die Profitrate im nicht-finanziellen Unternehmenssektor der USA vor 1965 um 19,2 % und nach 1980 um 15,8 %. In der zweiten Größe (in Abb. 1 darunter) wurden Unternehmenssteuern von den Profiten abgezogen, in einer dritten sind alle Steuern abgezogen und in einer vierten sind die Zinsen aus den Profiten herausgenommen. Das letzte, in der Darstellung unterste Maß, spiegelt die Rate einbehaltener Profite nach Auszahlung von Dividenden wider.

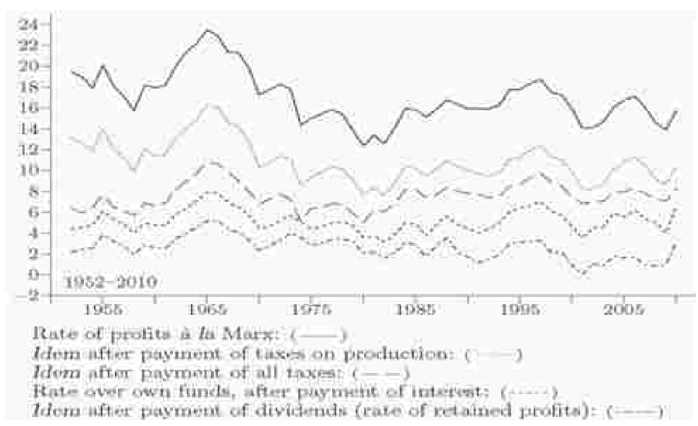


Abb. 1: Profitraten in fünf alternativen Bestimmungen im nicht-finanziellen Unternehmenssektor der USA
(aus Duménil/ Levy 2011, 4.1.)

Als ein wichtiges Ergebnis dieses Vergleichs kann festgehalten werden, dass die Profitrate, werden die Profite nach Steuern berechnet, nach 2000 größer als im Durchschnitt der 1950er und 1960er Jahre ist. Abb. 2 zeigt, dass die Steuern auf Unternehmensgewinne – im Gegensatz zu den Produktionssteuern – seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre beträchtlich gesenkt wurden. Es war offensichtlich diese Entlastung, die die entscheidende Gegentendenz zur fallenden Profitrate bewirkte.

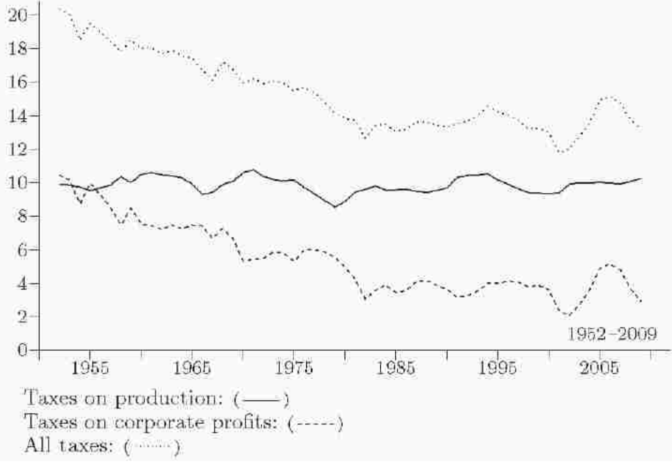


Abb. 2: Steuern auf nicht-finanzielle Unternehmen der USA (in %, jährlich)

Ein kritischer Ansatz, der beansprucht, die Rolle der Profitrate in ökonomischen Krisen zu untersuchen, muss jedoch die Mechanismen herausarbeiten, die die Profitabilität des Kapitals beeinflussen. Herrschende Lehrmeinungen verweisen darauf, dass höhere Profitraten größere Wachstumsraten des fixen Kapitals erlauben, weil sie die Kapitalisten zur Investition motivieren. Dieser erste Mechanismus, der Anreiz, spielt auch eine zentrale Rolle in der marxschen Analyse des Wettbewerbs und der Bildung von Produktionspreisen. Kapitalisten

investieren mehr in Industrien, in denen die Profitraten höher sind. Entsprechend schrecken niedrige Profitraten von Investitionen ab. Zweitens aber tragen hohe Profite zur Finanzierung von Investitionen bei und sichern die Fortsetzung der Aktivitäten eines Unternehmens.

In einer erweiterten Perspektive können drei Investitionsmöglichkeiten zusammen betrachtet werden:
1. Investitionen in fixes Kapital mit dem Zweck, die produktiven Kapazitäten nicht-finanzieller Unternehmen zu vergrößern;
2. Investitionen im finanziellen Sektor; und
3. die Ausschüttung von Dividenden an die Aktionäre.

Die Wege, wie gesellschaftliche Entscheidungen zwischen den drei Möglichkeiten gefällt werden, kennzeichnen ›gesellschaftliche Ordnungen‹. Wir können unterscheiden zwischen dem Sozialkompromiss nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Neoliberalismus. (Wir abstrahieren hier von manchmal durchaus wichtigen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern.) Im Kompromiss der Nachkriegsordnung waren oberes Management oder Unternehmensleitungen auf produktive Investitionen orientiert. Dazu wurden Teile des Profits einbehalten oder Kredite aufgenommen. Im Neoliberalismus zielt das obere Management dagegen auf »Börsen-Performance« der Unternehmen. Dividenden werden großzügig ausgeschüttet. Der auf dem Management waltende Druck, Profite und ›Shareholder-Value‹ auch durch Globalisierung zu steigern, bewirkt, dass Inlandsinvestitionen zunehmend nur mehr als ›Restgröße‹ behandelt werden.

Eine andere, tief in der marxistischen Ökonomie verwurzelte Tradition, verortet die Krisenursachen in einer unzureichenden Kaufkraft der Lohnabhängigen, in der zu geringen Lohnquote bzw. in stagnierenden Reallöhnen. Für den von uns betrachteten nichtfinanziellen Unternehmenssektor der USA ist jedoch kein signifikanter Abwärtstrend im Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen erkennbar.
Abb. 3 detailliert die Entwicklung. Nimmt man aus der Gesamtentwicklung jene Beschäftigtengruppen mit höheren Gehältern heraus (die oberen 5 oder 10 %; 0-95 bzw. 0-90), zeigen sich divergierende Entwicklungen:
Einkommenszuwächse konzentrieren sich auf die höheren Gehälter der oberen 5 %; Reallohnverluste sind bei der Masse der Lohnabhängigen (Segment 0-90 %) zu konstatieren.

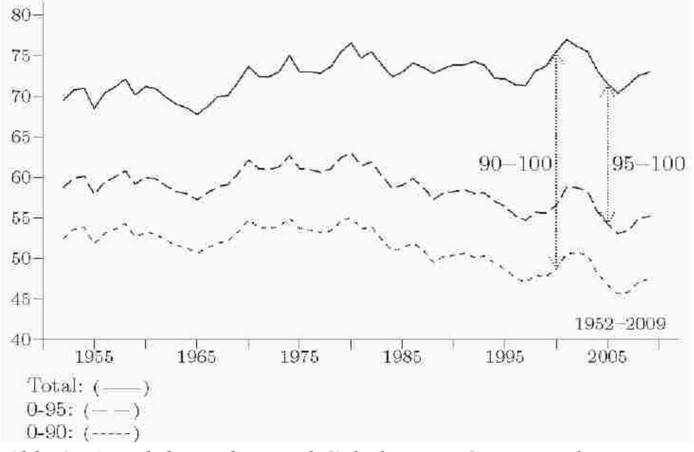


Abb. 3: Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen im nicht-finanziellen Unternehmenssektor der USA (in %)

In diesen Verteilungstrends spiegeln sich soziale Transformationen im neoliberalen Kapitalismus. Wir sehen sie als Resultat managerieller Entwicklungstrends. Im Neoliberalismus wurden die Einkommen zu Gunsten der sehr hohen Gehälter umverteilt. Und diese Haushalte, die über hohe Gehälter verfügen, sind auch diejenigen, auf die sich die Kapitaleinkommen konzentrieren (Zinsen und Dividenden, einschließlich Kapitalgewinne). Betrachtet man die Ausgabenseite, wird deutlich, dass im Neoliberalismus die höheren Einkommen aber nicht mehr sparen (das war so vor dem Neoliberalismus). Zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 1980 bewegte sich die mittlere Sparquote der Privathaushalte in den USA um 9 %. Während der neoliberalen Jahre fiel sie fast auf Null. Auch die traditionell sparenden Einkommenssegmente gaben mehr aus (1). Die notwendige Schlussfolgerung ist offensichtlich. Die neoliberale Einkommensdynamik zu Gunsten hoher Einkommen verursachte kein Absacken der Gesamtnachfrage. ›Unterkonsumtion‹ lässt sich für die niedrigen Einkommensschichten feststellen (ihre Konsumtion entsprach nicht mehr annehmbaren Standards). Aber es gab keine makroökonomische Nachfragelücke. Die Entwicklungen bei der niedriger bezahlten Arbeit wurden überkompensiert durch die Ausgaben oberer Einkommensfraktionen. Diese Beobachtung bedeutet nicht, dass die ›neue‹ Nachfrage ausreichend war, um die heimischen Unternehmen zu stützen.
Ein zunehmender Anteil der Nachfrage wurde durch Auslandsimporte (China oder Mexiko, aber auch entwickelte kapitalistische Länder wie Deutschland oder Japan) befriedigt. Doch nicht weil die Nachfrage zu niedrig war, brach die Krise aus, sondern infolge der Widersprüche neoliberaler Globalisierung unter US -Hegemonie.

3. Marxistische Krisendeutungen

Verschiedene marxistische Ökonomen haben (a) die Entwicklung des Lohnanteils, (b) den Boom der Haushalts-Kredite, (c) die Entwicklung der Profitrate und (d) die Finanzialisierung des Kapitalismus in der gegenwärtigen Krise analysiert.

(a) Zur Diskussion um den Lohnanteil:
Obwohl empirische Berechnungen deutlich das Gegenteil zeigen (siehe oben), wird die sinkende Nachfrage immer wieder als Krisenursache behauptet. Interpretationsfehler schleichen sich dadurch ein, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern nicht direkt berechnet, sondern dessen Rückgang als Ergebnis des Vergleichs von Arbeitsproduktivität und Stundenlöhnen unterstellt wird (vgl. Kotz 2009; Shaikh 2011; Valle 2008). Tatsächlich kann die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital durch das Verhältnis von Stundenlöhnen und Arbeitsproduktivität ausgedrückt werden. Eine solche Betrachtung ignoriert jedoch die Bedeutung der Preise für die Nachfrage. Abb. 4 zeigt, dass sich in den USA
1. der (reale) Stundenlohn zwischen 1960 und 2009 nahezu verdoppelte,
2. die relativen Preise sich jedoch nur um den Faktor 1,5 vergrößerten und
3. die Arbeitsproduktivität um das dreifache gesteigert wurde.
Folglich blieb der Anteil der Löhne etwa konstant (vgl. Abb. 3).

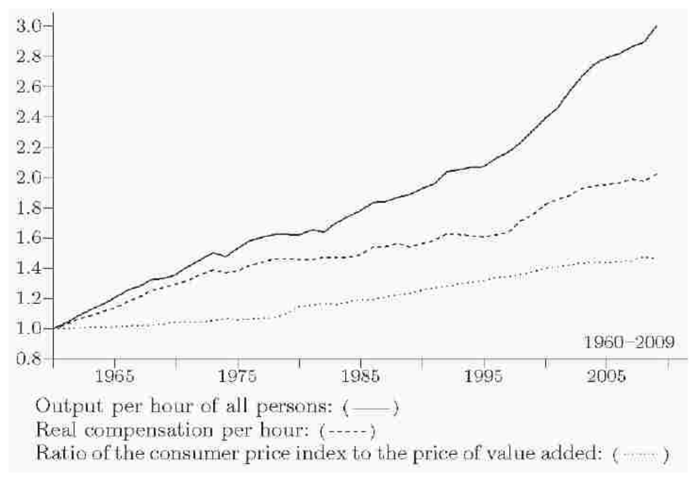


Abb. 4: Indizes von Arbeitsproduktivität, Reallöhnen pro Stunde und Lebenshaltungskosten (Werte 1960 = 1) in den USA

(b) Der Kredit- und Häuser-Boom:
Unbestritten verursachten die Investitionen in Eigenheime ein exzessives Anwachsen der Preise im Wohnungsbau (das war die eigentliche ›Blase‹). Sie bildeten zugleich die Grundlage für eine wachsende Welle von Kreditaufnahmen, für die wiederum Häuser als Pfand dienten. Diese ›Blase‹ spielte unbestritten eine entscheidende Rolle bei der Auslösung der Krise, obwohl sie nicht als Ursache der Krise betrachtet werden kann. Eine problematische Interpretation entsteht vor allem dann, wenn zwischen dem ›Häuser-Boom‹, dem Anstieg der Kredite und der Frustration der Lohnabhängigen aus den unteren Einkommensschichten eine Verbindung konstruiert wird. Es wird argumentiert, dass der Kreditanstieg ein »normaler Nebeneffekt einer Abwärtsbewegung der Gehälter« und einer »Stagnation der realen Konsumausgaben« gewesen sei. »Aber mit fallenden Zinsen und immer leichter gemachten Krediten wuchsen Konsumausgaben und andere Ausgaben weiter, aufsteigend auf einer anschwellenden Flutwelle von Schulden.« (Shaikh 2011, 45)
Dass zwischen der Abnahme der Kaufkraft bei der großen Masse der Lohnabhängigen und dem Anstieg der Schulden von Privathaushalten in den USA ein Zusammenhang besteht, darin steckt sicherlich ein Funken Wahrheit. Aber dies ist nicht ausreichend, um auf eine kausale Beziehung zu schließen: Erstens speiste sich der Boom des Finanzsektors vor allem aus hohen Einkommen (Kapitaleinkommen und hohe Gehälter einschließlich aller Formen von Prämien) und wurde zudem von aktiver Lobby-Arbeit zu Gunsten finanzieller Deregulierung begleitet. Zweitens fungierten die Hypotheken-Kredite als Maßnahmen, die die Makroökonomie stabilisierten.
Kausale Konstruktionen zwischen Nachfragelücke und Kreditexpansion unterschätzen aber die zentrale Rolle der Geldinstitutionen. Obwohl es die Funktion solcher Einrichtungen ist, das Verschuldungsniveau zu kontrollieren, gab es eine wachsende ›Toleranz‹ gegenüber den neuen gefährlichen Praktiken, die den Boom möglich machten und die Krise auslösten.
Letztlich aber zeigt sich aus unserer Sicht, dass der Kreditboom (nicht nur weil er von der US -Notenbank gefördert wurde) unentwirrbar in das wachsende Defizit des US -Außenhandels verstrickt war. Die fehlende US -Nachfrage konnte nur durch kreditfinanzierte Ausgaben der Haushalte kompensiert werden. Die private Verschuldung erschien makroökonomisch erforderlich.

(c) Die Rolle der Profitrate:
Viele marxistische Ökonomen sehen eine Erholung der Profitrate in den neoliberalen Jahrzehnten. Sie können folglich in der gegenwärtigen Krise keine Krise der Rentabilität unterstellen. »Es dauerte lange, aber die Profitrate nähert sich nun den früheren Spitzenwerten der 1960er Jahre.« (Moseley 2008, 7)
Die Erholung der Profitrate wird durch eine Intensivierung der »Ausbeutung der Arbeit« erklärt, »die sich im Niedergang der Reallöhne relativ zur Produktivität« äußere (Shaikh 2011, 45). Andere sahen das Kapital quasi gezwungen, weil »Produktivitätsgewinne das Niveau der fordistischen Periode nicht erreichen«, nun durch »eine Abnahme des Lohnanteils – d.h. ein Anwachsen der Ausbeutungsrate« zu reagieren (Husson 2012, 3).

Es besteht kein Zweifel an solchen Entwicklungen. Aber es ist schlicht nicht korrekt, aus dieser Beobachtung zu folgern, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen abnahm. Nachdem man den neuen Aufwärtstrend der Profitraten erkannt hat, fehlt jeglicher Hinweis auf eine lange Phase der »Überakkumulation« des Kapitals.
Eine besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang jedoch die Analyse von Mohun (2011), der mit uns bezüglich der Bedeutung hoher Gehälter für den Krisenprozess konform geht. Er subsumiert höhere Gehälter jedoch unter Profiten. Damit gelangt er zu einer neuen Form der Bestimmung von Profitraten. Er zeigt deren Aufwärtstrend, zugleich aber deren Fall im letzten Jahrzehnt vor der Krise. Wir glauben nicht, dass die gegenwärtige Krise auf diese Weise interpretiert werden kann, halten die Diskussion seines Grundkonzepts aber für lohnend.

(d) Finanzialisierung:
Ein letzter Strang marxistischer Debatten behauptet, dass die fehlende Erholung der Investitionstätigkeit in der Krise und anhaltende Finanzialisierung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Die Expansion des Finanzsystems sei Resultat »der Zunahme nicht investierter Profite«. »Daher ist Finanzialisierung kein autonomer Faktor und erscheint als logisches Gegenstück des Niedergangs des Gehaltsanteils und der wachsenden Knappheit profitabler Investitionsgelegenheiten.« (Husson 2012, 3)
Überzeugend kritisiert Costas Lapavitsas (2010, 3) jedoch diese Sichtweise, die »schwache Produktion mit einem boomenden Finanzsystem« verknüpft. Er schlägt dagegen eine Interpretation vor, in der es »keinen direkten Kausalzusammenhang zwischen boomendem Finanzsystem und schwacher Produktion gibt. Finanzialisierung stellt eher eine systemische Transformation von kapitalistischer Produktion und Finanzsystem dar«. Ähnlich interpretieren wir den gleichzeitigen Abwärtstrend der Akkumulation und die Explosion finanzieller Mechanismen als zwei Konsequenzen einer spezifischen Entwicklungsweise des Kapitalismus, des Neoliberalismus, in dem aber kein Trend den anderen verursacht.

4. Eine historische Perspektive

Die von uns vorgeschlagene Interpretation legt es nahe, Krisenprozesse stärker in einer historischen Perspektive zu thematisieren. Im Folgenden diskutieren wir zuerst Grundlagen einer solchen ›welthistorischen‹ Perspektive, wobei wir an Fernand Braudel anschließen. Dem stellen wir abschließend einige Konsequenzen unserer eigenen Analyse historischer Transformation gegenüber, allerdings begrenzt auf das späte 19. Jahrhundert und auf die USA .
In der Tradition Braudels, die auf das Erfassen ›langer Wellen‹ welthistorischer Entwicklung abzielt, zeigt Giovanni Arrighi, dass »alle wesentlichen Expansionen des Welthandels und der Weltproduktion in eine Überakkumulation von Kapital« mündeten. Er zeigt auch, dass solche Phasen der Überakkumulation Pfade »jenseits der normalen Wege profitabler Investitionen« eröffneten. »Wann immer sich dies ereignete, waren die Organisationszentren der kapitalistischen Expansion in einer Position, die wenigstens für eine Zeit lang erlaubte, ihre Dominanz über weltweite Prozesse der Kapitalakkumulation durch finanzielle Vermittlung [financial intermediation] abzusichern.« (1999, 223)

Dieser Analyserahmen, der Fragen von profitablen Investitionsmöglichkeiten und der Überakkumulation des Kapitals mit der Bewegung hin zu Finanzaktivitäten verknüpft, wurde besonders von Immanuel Wallerstein zugespitzt. Er unterscheidet in seiner Reformulierung von Kondratieffs Theorie langer Wellen zwischen Phasen A und B des ökonomischen Aufstiegs oder Abstiegs: *»Wir sind heute offensichtlich in der Phase B eines Kondratieff-Zyklus, die vor 30 oder 35 Jahren begann, nach einer Phase A (von 1945-1975) [...] In einer Phase A werden Profite durch materielle Produktion erzeugt, industrielle oder andere; in einer Phase B muss der Kapitalismus, um weiter Profite zu schaffen, sich finanzialisieren und in der Spekulation Zuflucht nehmen. Wir sind heute im letzten Abschnitt einer Phase B eines Kontratieff, wo der virtuelle Niedergang real wird und Blasen eine nach der anderen platzen: Bankrotte sich vervielfältigen, die Konzentration des Kapitals zunimmt, Arbeitslosigkeit wächst und die Ökonomie eine Situation realer Deflation erfährt.«* (2008) Die gegenwärtige Krise offenbare, dass der Kapitalismus in sein Endstadium eingetreten sei. Seine Fähigkeit *»zu realer Akkumulation ist an ihre Grenzen gestoßen«* (ebd.).
Auch wir berücksichtigen in unserer Interpretation der Geschichte des Kapitalismus Kombinationen vom tendenziellen Fall der Profitrate und der Entwicklung finanzieller Mechanismen. Weder aber interpretieren wir die gegenwärtige Krise als eine Krise der Rentabilität, noch schließen wir uns Interpretationen an, die die neoliberalen Jahrzehnte als eine »Phase B« sehen (wollen). Der Übergang zur Finanzialisierung und zur Herrschaft des Finanzkapitals im Neoliberalismus resultierte nicht aus einem Mangel an Investitionsmöglichkeiten; er folgte ›lediglich‹ der Logik einer Phase finanzieller Hegemonie.

In unserer Interpretation erlebte der Kapitalismus vier große Krisen, die wir als »strukturelle Krisen« bezeichnen: die Krise der 1890er, die Große Depression, die Krise der 1970er und die gegenwärtige Krise. Die erste und die dritte entwickelten sich als Folge einer Abnahme der Rentabilität, mit entsprechenden Verlaufsformen. Die zweite und die vierte Krise resultierten aus Phasen finanzieller Hegemonie (also der Kombination von neuer Klassenherrschaft und neuer Kontrollen der Finanzinstitutionen). Die Formen und Prozesse der Krisen müssen folglich unterschieden werden. Während sich der Kapitalismus in einer Rentabilitäts-Krise nämlich tatsächlich am ›Abgrund‹ bewegt, versuchen in den Phasen finanzieller Hegemonie die dominierenden Klassen des Kapitals, alle Schranken ihrer Macht und ihres Profitstrebens zu beseitigen.

Bereits in früheren Arbeiten (Duménil/Lévy 1996; 2011) haben wir versucht, die historische Entwicklung der Profitrate in der US -Ökonomie zu interpretieren. Abb. 5 veranschaulicht dies. Die Basis bildet eine Profitrate ›à la Marx‹. Die Trendlinie (---) weist die Abfolge von vier Phasen aus:
1. eine Phase ihres Niedergangs bis zum Ersten Weltkrieg;
2. eine andauernde Erholung, nur scheinbar unterbrochen durch die Große Depression;
3. den Niedergang der Profitrate von Mitte der 1960er bis zu Beginn der 1980er Jahre;
4. ihre schwache Erholung während der neoliberalen Jahre.
Die beiden Phasen des Niedergangs der Profitrate mündeten in RentabilitätsKrisen. Die Große Depression und die gegenwärtige Krise dagegen unterbrechen lediglich Phasen der kapitalistischen Erholung und Restauration. Sie lassen sich kaum als ›Phasen B‹ interpretieren.

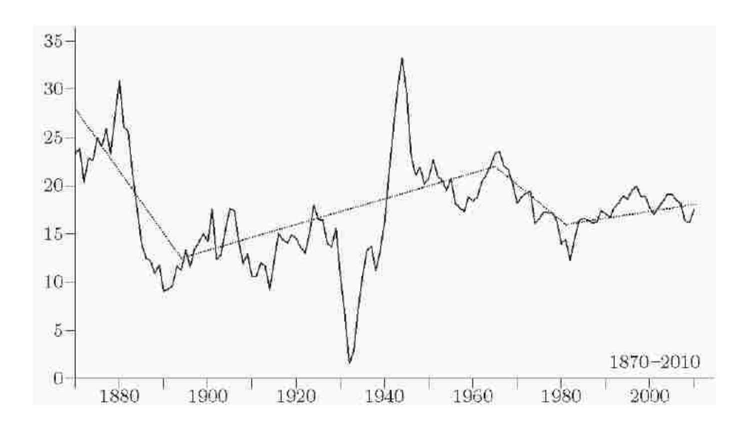


Abb. 5: Die Profitrate in der privaten Ökonomie der USA seit dem Bürgerkrieg

Die Existenz von Phasen der Erholung bzw. der Restauration des Profits, wie wir sie beobachteten, widerspricht nicht der Analyse von Marx. Das »Gesetz«, von dem Marx bei der Profitrate spricht, ist noch wirksam und bildet eine wesentliche Komponente der Dynamik. Aber der Kapitalismus darf nicht als passives Opfer seiner eigenen Entwicklungslogik und damit seiner Gesetze interpretiert werden, die ihn letztlich ins Grab bringen. Reaktionen des Kapitals – mit Marx: Gegentendenzen – lassen sich in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder beobachten: in Strategien der technisch-organisatorischen Veränderungen der Arbeitsorganisation, in der Transformation sozialer und institutioneller Beziehungen. In allen kommt immer wieder ein aktiver Prozess des Kapitalismus zum Ausdruck, mit dem er auf die ihm eigenen Krisentendenzen antwortet.

Die Phase der Wiederherstellung der Kapitalrentabilität, wie sie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis Mitte der 1960er Jahre deutlich zu beobachten war, ist dabei von großem – auch theoretischem – Interesse. Sie wurde möglich durch eine wirkliche Metamorphose des Kapitalismus, in der alle Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenverhältnisse einbezogen waren: eine unternehmerische Revolution, eine finanzielle Revolution (die mit dem Auftreten großer Banken zugleich ›Hausbanken‹ der Unternehmen für produktive Investitionen schuf), eine Manager-Revolution. Diese Revolutionierungen der Produktionsverhältnisse wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch die makro-ökonomische Politik, die »keynesianische Revolution«, noch erweitert. Trotz der dramatischen Transformationen in der ›gesellschaftlichen Ordnung‹ und der stabilisierenden Funktion des Neoliberalismus für die Profitrate aber scheint unter den Bedingungen der Rückkehr zur ungehemmten Führung der kapitalistischen Klassen im Neoliberalismus keine nachhaltige Stabilisierung des Kapitalismus in Sicht.

(1) Bis 2000 wird dies auch durch eine Studie der US-Notenbank (Maki/Palumbo 2001) bestätigt, in der gezeigt wurde, dass die Abnahme des Sparens vor allem innerhalb des Segments der 80-100 % stattfand (vgl. Sierminska/Takhtamanova 2007).

Literatur

Arrighi, Giovanni, »The Global Market«, in: Journal of World-Systems Research, 5. Jg., 1999, H. 2, 217-51

Bellofiore, Riccardo, u. Giovanna Vertova, The Great Recession and the Contradictions of Contemporary Capitalisim, Adelsshot/England 2014

Duménil, Gérard, u. Dominique Lévy, La dynamique du capital. Un siècle d'économie américaine, Paris 1996

diess., The Crisis of Neoliberalism, Cambridge/Mass. 2011

Husson, Michel., »Le néolibéralisme, stade suprême?«, in: Actuel Marx 51, 2012, 86-101

Kotz, David. M., »The Financial and Economic Crisis of 2008: A Systemic Crisis of Neoliberal Capitalism«, in: Review of Radical Political Economics, 41. Jg., 2009, H. 2, 305ff

Lapavistas, Costas, Financialisation and capitalist accumulation: Structural accounts of the crisis of 2007-9, SOAS, Research on Money and Finance, Discussion Paper, char 35, 16/2010

Maki, Dean M., u. Michael G. Palumbo, Disentangling the Wealth Effect: A Cohort Analysis of the Household Saving in the 1990s, Federal Reserve, Washington 2001 (www)

Mohun, Simon, Rate of Profit and Crisis in the US Economy, 1890-2009, School of Business and Management, Univ. of London, Working Paper 2008

Moseley, Fred, The US Economic Crisis: Causes and Solution, Mount Holyoke, Working Paper 2008 (www)

Shaikh, Answar, » The First Great Depression of the 21st Century«, in : Socialist Register, 47. Jg., 2011, 42ff

Sierminska, Eva, u. Yelena Takhtamanova, »Disentangling the Wealth Effect: Some International Evidence«, FRBSF Economic Letter, 2007, 2, 1-3

Valle, Alejandro, »La crisis estadounidense y la ganancia«, in: Razón y Revolución, 18. Jg., 2008, 79-93

Wallerstein, Immanuel, »Le capitalisme touche à sa fin«, Interview, in: Le Monde, 11. Oktober 2008

Die Originalfassung erscheint in Bellofiore/Vertova 2014. Aus dem Englischen von Manfred Bürger und der Argument-Redaktion
http://www.inkrit.de/argument/archiv/DA305/DA305_inhalt.pdf

Daniel Behruzi:

Ausnahmen beim Mindestlohn in Deutschland? Mehr Druck nötig!

Schönfärberei gehört für die hiesige Politikelite zum Tagesgeschäft. Doch was Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) bei der Präsentation ihres Gesetzentwurfs zum Mindestlohn am Mittwoch nachmittag in Berlin gesagt hat, überbietet das Gewohnte an Dreistigkeit. *»Der Mindestlohn kommt, wie im Koalitionsvertrag verabredet, ohne Ausnahmen. Und er kommt pünktlich«*, so die Politikerin, die einst als Frontfrau der »SPD-Linken« galt.

Pünktlich zum 1. Januar 2015? Stimmt nicht, denn das neue Mindestniveau von 8,50 Euro pro Stunde kann noch zwei Jahre lang per Tarifvertrag unterboten werden.

Ohne Ausnahmen? Stimmt noch viel weniger. Denn mit sogenannten Langzeiterwerbslosen und Jugendlichen unter 18 Jahren sollen nach Berechnungen der Linkspartei rund eine Million Menschen beim Mindestlohn außen vor bleiben. Auch die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen soll bestehen bleiben: Unternehmen, die Beschäftigte nach einjähriger Erwerbslosigkeit einstellen, erhalten Lohnkostenzuschüsse.

All diese Ausnahmen dienen angeblich dem Wohl der Betroffenen, so die zynische Begründung. *»Langzeitarbeitslosen«* wolle sie *»die Brücke zum Arbeitsmarkt nicht verbauen«,* so Nahles. Soll heißen: Die industrielle Reservearmee soll weiter ihren Dienst tun, Erwerbslose können weiterhin zum Lohndumping (aus)genutzt werden. Und bei Minderjährigen sorgt sich die Ministerin angeblich darum, diese könnten sich durch Stundenlöhne von 8,50 Euro dazu verleiten lassen, einen Aushilfsjob statt einer Ausbildungsstelle anzunehmen. Zum einen ist das ein herbeihalluziniertes Phänomen. Schon jetzt ist mit fast allen Jobs deutlich mehr zu verdienen als ein Stundenlohn von 4,63 Euro, wie er während der Berufsausbildung durchschnittlich gezahlt wird. Zum anderen gäbe es ein einfaches Mittel, junge Menschen zur Annahme einer Lehrstelle zu motivieren: Die 8,50 Euro sollten auch in der Ausbildung gezahlt werden, zumindest für die betrieblichen Einsätze. Sonst werden Azubis künftig wohl noch öfter als billige Arbeitskräfte mißbraucht als ohnehin bereits.

»Nahles siegt beim Mindestlohn«, titelte die Bild-Zeitung den Fakten zum Trotz. *»Kaum Ausnahmen beim Mindestlohn«*, schrieben auch die seriöseren bürgerlichen Blätter in ihren Donnerstagausgaben. Doch im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses könnten zu den nun bekannten Ausnahmen noch weitere hinzukommen. Nahles selbst spekuliert offenbar darauf, daß Saisonkräfte vorerst per Tarifvertrag vom Mindestlohn ausgeschlossen werden. Die Unternehmerverbände fordern die Heraufsetzung des Mindestalters auf 25 Jahre und machen weiter Druck für Ausnahmen bei Zeitungszustellern, Taxifahrern und anderen Beschäftigtengruppen.

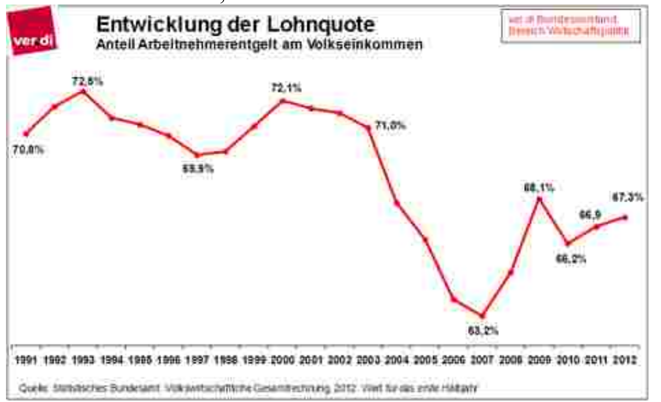
In dieser Situation sind die Gewerkschaften gefordert. SPD und Union haben den Mindestlohn nur wegen der gesellschaftlichen Stimmung auf die Agenda gesetzt, die Gewerkschaften und Linke mit ihren Kampagnen geprägt haben. Jetzt brauchen sie erneut Druck, der über Presseerklärungen und Lobbyarbeit hinausgeht.
http://www.jungewelt.de/2014/03-21/030.php

Verdi Tarifrunde 2014:
Mehr Geld, mehr Urlaub und die Übernahme der Azubis

Fotos von Aktionen: https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifrunde-oed-2014

(Meldung von Verdi, 2.4.: 5,7 Prozent mehr Geld in zwei Jahren, mindestens aber 90 Euro: Rückwirkend zum 1. März dieses Jahres steigen die Gehälter um 3 Prozent, mindestens aber um 90 Euro, und zum 1. März des kommenden Jahres um weitere 2,4 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen werden zu den gleichen Terminen um 40 bzw. 20 Euro erhöht. Ab 2014 haben alle Beschäftigten Anspruch auf 30 Urlaubstage, für die Azubis steigt der Urlaub von 27 auf 28 Tage. Die Übernahmegarantie für Azubis wurde verlängert.“

12. Februar 2014 | Die Tarifrunde 2014 für den öffentlichen Dienst hat begonnen. ver.di fordert: Für alle soll es 100 Euro mehr im Monat geben, dazu noch eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,5 Prozent. Im Durchschnitt – über alle Entgeltgruppen gerechnet – ergibt das eine Forderung in Höhe von 6,7 Prozent mehr. Das wird der täglichen Leistung von Verwaltungsangestellten, Gärtnern, Pflegepersonal, Erzieherinnen, Ingenieuren und den vielen anderen Beschäftigten eher gerecht. Die Schere zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und anderen Branchen schließt sich damit aber noch immer nicht. Und das soll „maßlos überzogen“ sein, wie die Arbeitgeber sofort erklärt haben? Der Vergleich mit den Bundestagsabgeordneten drängt sich da auf. Sie genehmigen sich gerade selbst eine Erhöhung ihrer „Diäten“ genannten Bezahlung von 8252 auf 9082 Euro, in zwei Schritten. 830 Euro mehr.

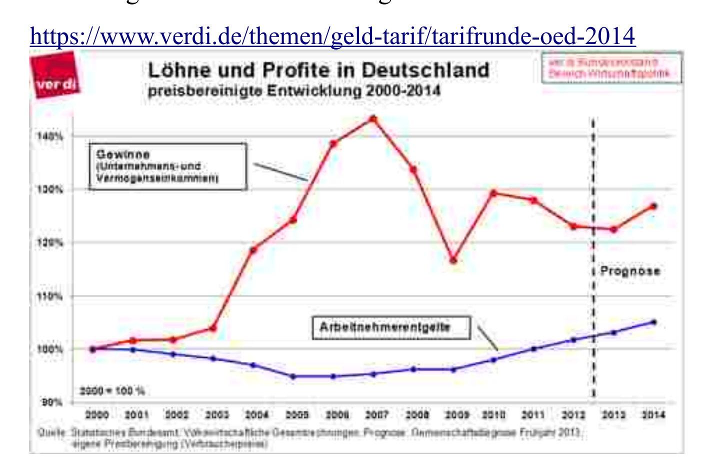


Brosamen reichen nicht

Knapp 80 Milliarden Euro weniger, in 12 Jahren – diese Zahl muss man sich mal ganz langsam vergegenwärtigen: 80.000.000.000! Dieser Summe sind die Beschäftigten in Deutschland von der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2012 verlustig gegangen, wenn man die Entwicklung der Lohnquote betrachtet. Sie beziffert den Anteil aller Löhne, Gehälter und Besoldungen am Volkseinkommen inklusive der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Lag die Quote im Jahr 2000 noch bei rund 72 Prozent, ist sie im Jahr 2012 auf 67 Prozent gesunken. Und in dem Bereich bewegt sie sich auch heute noch.

Wenn es in der diesjährigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst beim Bund und bei den Kommunen um deutliche Lohnsteigerungen geht, dann kommen die also nicht von ungefähr. Auch an der Entwicklung der Einkommen lässt sich ablesen, dass hierzulande seit Jahren einiges schief verläuft. Während nämlich die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit im selben Zeitraum real um 40 Prozent gestiegen sind, waren die Einkommen der Beschäftigten ab 2000 zunächst rückläufig und erst seit 2010 steigen sie wieder verhalten an.

https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifrunde-oed-2014





Mehr: http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Hamburg/AG-Sozial/Bilder/Kongress-AZV-Flyer.pdf

Träger des Kongresses: attac Hamburg, Bündnis gegen Rotstift, DIDF, GEW Hamburg , KDA, Kuhle Wampe, Marxistische Abendschule, Naturfreunde Deutschlands, Rosa-Luxemburg Stiftung, Soal, SoVD, Verdi Hamburg



http://marchasdeladignidadmadrid.wordpress.com/

SPANIEN: Marsch der Würde - ALLE nach MADRID!

Keine Zahlung der Schulden! Keine Kürzungen mehr!
Weg mit den Regierungen der Troika! Brot, Wohnung, und Arbeit für Alle !!!



Vorbemerkung der SiG-Redaktion
ALLE NACH MADRID! Das ist die Losung von zig Tausenden gewesen, die sich zum Teil seit Wochen auf den Weg nach Madrid gemacht hatten. (vielfältige Plakate: http://marchasdeladignidad.org/mientras-tanto-en-madrid/)
Auf der Karte ist die sehr breite Mobilisierung zu sehen, http://marchasdeladignidad.org/mapa-territorios/
*Unter der Karte befinden sich **unzählige Links zu Städten, Regionen.** Fotos zeigen die Mobilisierung, insbesondere den Marsch von vielen Menschen nach Madrid. Hier NUR ein Beispiel: http://marchasdignidadcordoba.info/*
Nach dem Marsch geht es weiter, das ist auch da dokumentiert.
Wir veröffentlichen hier den Aufruf für diesen Marsch und eine Rede von attac Spanien.

Keine Zahlung der Schulden! Keine Kürzungen mehr!
Weg mit den Regierungen der Troika! Brot, Wohnung, und Arbeit für Alle !!!

Im Jahr 2014 stehen wir vor einer schwierigen Situation. Eine extreme Situation sozialer Not, die eine gemeinsame Antwort der Bürgerschaft, der Arbeiterklasse, des gesamten Volkes fordert. Millionen Arbeiter/innen sind arbeitslos. Obwohl sie zwei Hände zum arbeiten, eine abgeschlossene Ausbildung, handwerkliche oder intelektuelle Fähigkeiten haben, finden sie keine würdevolle Arbeit. Das ist sehr demütigend.
Es ist eine Verschwendung der kollektiven Talente einer Gesellschaft, deren Zukunft auf unbestimmte Zeit gefährdet wird. Die Arbeitnehmer/innen haben diese Beleidigung ihrer kollektiven Würde nicht verdient.
Hundertausende Familien haben ihre Häuser verloren. Es gibt nichts unmenschlicheres als eine Familie aus

deren Heim zu vertreiben, nur um die unersättliche Gier einiger skrupelloser Bankster zu nähren. Bankster, die von den Troika hörigen Regierungen alimentiert werden, um den Preis der weiter zunehmenden Verarmung der arbeitenden Bevölkerung und des wehrlosesten Teils der Gesellschaft. Währenddessen die Arbeitgeber, das Drama der Massen Arbeitslosigkeit ausnutzend, die Schrauben noch fester anziehen und **Löhne und Arbeitsbedingungen der Menschen, die noch einen Job haben, verschlechtern**. Das kapitalistische System versucht die Arbeitnehmer/innen auszunutzen und Sie dazu zu bringen, die Arbeitgeber als Wohltäter der Geschelschaft zu sehen. **Es wird Zeit die Arbeit und den gesellschaftlichen Reichtum aufzuteilen**. **Es ist an der Zeit, dass die Menschen Ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.**

Unter der aktuellen Politik kann unserer **Jugend** unmöglich ein Zukunftskonzept ihres Lebens entwickeln. Sie hat keine andere Wahl als ein Leben im Ausland, so wie bereits unsere Eltern und Großeltern, zu führen.

Wir sagen nein zu einem patriarchalischen System, dass uns in längst vergangene Zeiten zurück wirft und uns das Recht nimmt, über unseren Körper zu entscheiden, darüber Mutter zu werden, oder nicht. Ein System, dass uns zurück an Heim und Herd sehen möchte.

Wir leiden unter der Politik der Regierungspartei (PP) und dem Diktat der Troika (IWF, EZB und EU-Kommission). Wir mussen den Diebstahl unserer Rechte und die Verarmung der sozialen Mehrheit stoppen.
Diese Verarmungspolitik hat ihre Ursache in den von den Banken angehäuften privaten Schulden, die von den Regierungen dann in illegitime öffentliche **Schulden** überführt wurden. Die Bürger/innen dürfen nicht für diese illegitimen, durch Spekulation hervorgerufene Schulden der Banken und deren Regierungen bezahlen.

Die **Privatisierung** von Gesundheit, Bildung, öffentliche Verkehr, Wasser, Energie, Kommunikation, soziale Dienste, etc beschneidet unsere Rechte als Burger/innen.
Sie lachen über unsere Rentner, die an einem riesigen Verlust von Kaufkraft leiden, gleichzeitig fallen ihre Ersparnisse den Banken zum Opfer, zum Beispiel durch kriminelle Finanzprodukte.

Die alte Regierung (PSOE Sozialdemokraten) änderte mit Unterstützung der (PP Vokspartei) den **Artikel 135** der Verfassung. D**ieser stellt nun die Zahlung der Auslandsschulden über die Rechte und Bedürfnisse der Gesellschaft**. (Dies ist ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Diese undemokratische Forderung der Troika wurde in der EU bisher einzig von Spanien umgesetzt. Der nationale Haushalt kann durch das Parlament nur beschlossen werden, wenn zunächst die Zahlungen an ausländische Gläubiger sichergestellt sind.) Dies wurde gerechtfertigt mit der Behauptung, wir hätten über unsere ökonomische Verhältnisse gelebt. Man müsse nun sparsam sein und zudem sei es zwingend, um das Haushaltsdefizit auszugleichen. Allerdings hatten sie kein Problem damit, gleichzeitig einige 10 milliarden Euro an Banken und Spekulanten zu geben.

Sie benutzen die Krise um Rechte zu kürzen. Diese Maßnahme verursacht Leid, Armut, Hunger und sogar Tod. Das alles sichert den Banken und Konzernen weiterhin große Gewinne auf Kosten der Bürger/innen. **Denn sie haben uns die Freiheit genommen**.
Der Kapitalismus hat zu viele Freiheiten und Rechte der Mehrheit der Gesellschaft unterdrückt. Es ist ein System, das ausschließlich für den privaten Gewinn weniger arbeitet und das führt unvermeintlich zu einer ökologischen und sozialen Katastrophe von unabsehbarem Ausmaß.

Für die meisten Sozialschichten ist die Krise ein großes menschliches Drama. Sie ist ein Betrug, denn für eine unbedeutende Minderheit ist sie ein großes Geschäft. Wenn die Bürger/innen protestieren bekommen sie immer die gleiche Antwort: Die **Represion und Kriminalisierung der Gewerkschaften und soziale Bewegungen.** Das System braucht zur Aufrechterhaltung seiner Macht die Repression. Es kann nur durch die Macht der Strasse überwunden werden.

Das Regime, das aus der Verfassung von 1978 entstanden ist (Franco-Diktatur), hat offensichtlich die gleichen Elemente wie bei seiner Geburt. Deswegen ist das Regime von Korruption geprägt und hat keine Legitimität. Die Rechte und Freiheiten wurden uns gestohlen, um die Interessen einer **Minderheit** zu erfüllen und deren **Profite sicherzustellen**. Die gleiche Minderheit, die uns in den Zustand der sozialen Not gebracht hat, die den Abbau der öffentlichen Bildung und Gesundheit betreibt, die Renten unserer Alten draschtisch kürzt, die sich unserer Wohnungen bemächtigt, Fabriken schließt und tausende von Arbeiter/innen und Angestellte entlässt.

Die verschiedenen Regierungen handeln außerhalb der Legalität und verkaufen unsere Grundrechte. Das hat sich verbreitet und es ist mit dieser Wirtschaftsordnung eng verbunden. Die Korrupten und die, die sich korrumpieren lassen, sind Teil diese ungerechten Systems der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Wir rufen dazu auf, unsere Souveranität als Volk wieder zu erkämpfen, indem wir unsere Stimme erheben und demokratisch **zu einem neuen Verfassungsgebenden Prozess beitragen**, der tatsächlich die demokratischen Freiheiten, die demokratische Teilhabe und die Grundrechte des Eizelnen garantiert.

Wir, "Marcha de la dignidad 22M", halten es für wichtig, einheitlich und überzeugend als Massenbewegung gegen die antidemokratische Austeritätspolitik zu kämpfen, um die Menschenrechte und die sozialen Grundrechte zu verteidigen.
Am **22. März** findet daher in Madrid eine **zentrale Demonstration** statt, gegen die Zahlung der Schulden, für menschenwürdige Beschäftigung, für Grundeinkommen und soziale Rechte, für demokratische Freiheiten, gegen Kürzungen, Repression und Korruption, für eine Gesellschaft der freien Männer und Frauen, für eine Mobilisierung gegen ein System und eine Regierung, die uns nicht gefällt und die die Bevölkerung nicht vertritt.
Wir fordern die Regierung der PP auf abzutreten, sowie alle Regierungen die soziale Grundrechte mit den Füße treten und die mit der Politik der Troika paktieren.
Wir rufen dazu auf, den 22. März in der spanischen Landeshauptstadt Madrid zu einem Tag der Würde und des Widerstandes zu machen.
An diesem Tag werden Menschen aus allen Teilen des Landes nach Madrid gerufen und auch die Bevölkerung Madrids wird aufgerufen auf die Straßen zu gehen um ein Teil der sozialen Mobilisierung zu sein.
ES IST ZEIT AUF DIE STRASSEN ZU GEHEN…!!!
http://marchasdeladignidad.org/objetivos/manifiesto/manifest-deutsch/

ATTAC Spanien bei den Marchas de la Dignidad

Rede von Ricardo Zaldívar, Präsident von ATTAC Spanien, bei der Abschlusskundgebung der Marchas de la Dignidad in Madrid, 22. März 2014

Guten Abend. Ich darf euch Grüße von ATTAC ausrichten und mitteilen, dass die heutigen Aktionen von ATTAC unterstützt werden, zeigen sie doch der Bevölkerung, dass uns in Zeiten, in denen scheinbar alles verloren und nichts mehr zu machen ist, das Dach der Würde bleibt, unter dem wir uns heute so zahlreich hier zusammengefunden haben.

In den drei Minuten, die ich zu euch sprechen kann, möchte ich drei Ideen vorstellen, die für eine globale soziale Bewegung wie ATTAC entscheidend sind.

– **Wirtschaft und Finanzen** sind nicht die alleinige Domäne von Technokraten und Experten, sondern Bestandteil der Politik. Seit der Gründung im letzten Jahrhundert verfolgt ATTAC das Ziel, der Bevölkerung vor Augen zu führen, dass sie fortwährend betrogen wird, dass die heute getroffenen Entscheidungen – die Kürzungen, die Privatisierungen, die arbeitsrechtlichen Reformen und andere – nicht den Gesetzen einer vermeintlichen Wirtschaftswissenschaft gehorchen, sondern den **Interessen der herrschenden Klasse, der Großbanken und der großen transnationalen Unternehmen**, auf deren Geheiß die Schrauben heute erneut fester angezogen werden und uns ein Vertrag zwischen der EU und den USA aufgezwungen wird, der unsere weitere Verarmung zur Folge haben wird.
Unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit werden unsere Löhne gesenkt, nur damit ihre Gewinne steigen. Gewinne, die in Steueroasen verschoben und so der Besteuerung entzogen werden, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von willkürlichen Erhöhungen ungerechter indirekter Steuern wie der Mehrwertsteuer erdrückt werden. Das alles ist Ausfluss des kapitalistischen Wirtschaftssystems, eines Systems, das erwiesenermaßen nicht geeignet ist, menschenwürdige Arbeitsplätze für alle zu schaffen. **DER KAPITALISMUS MUSS ÜBERWUNDEN WERDEN!**



– Diese Politik muss als Aufgabe der gesamten Bevölkerung verstanden werden. **Wir müssen eine neue Vorstellung von Politik entwickeln**, die sich nicht darauf beschränkt, unsere Verantwortung und gemeinsame Aufgaben an andere zu delegieren. Gleichheit, Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit werden nur dann Realität, wenn wir alle an der Verwaltung und Gestaltung des Gemeinwesens **teilhaben**. **DESHALB SIND WIR HIER!**

– **Es gibt Alternativen. Jawohl, ES GIBT ALTERNATIVEN.** Als Bürgerinnen und Bürger können und müssen wir uns daranmachen, die Herrschaft des Finanzsektors zu brechen und einen sozialverträglichen und alternativen Ausweg aus der Krise zu finden, die sowohl die Demokratie als auch die Erhaltung unseres Planeten gefährdet. Wir von ATTAC sehen ein entscheidendes Mittel darin, **gesellschaftlichen Druck auszuüben** mit dem Ziel, bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Rajoy und der anderen europäischen Regierungen einen Kurswechsel zu erzwingen.
Deshalb ist es notwendig, dass die Bevölkerung die vorhandenen Alternativen kennenlernt. Das war und ist das Hauptziel von ATTAC, an dessen Erreichung seit 15 Jahren gearbeitet wird. Verfügt die Bevölkerung erst einmal über diese Alternativen, muss der gesellschaftliche Druck das Mittel sein, mit dem die für unsere Gesellschaft notwendigen Änderungen bewirkt werden können. Solange die Bevölkerung und die betreffenden Klassen diese Macht nicht entwickeln und zum Ausdruck bringen, wird es keinen gesellschaftlichen Umbau geben.

Es geht schlicht und einfach darum zu erreichen, dass wir alle gemeinsam über die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Welt bestimmen!

Nichts, was uns betrifft, soll ohne unsere Beteiligung geschehen!

Übersetzung: Werner Horch

Quelle: http://www.attac.es/2014/03/23/attac-en-las-marchas-de-la-dignidad/

Aufruf von attac Spanien: http://www.attac.es/2014/03/01/22m-no-es-tiempo-de-lamentos-es-tiempo-de-lucha/

Attac Deutschland unterstützt Proteste gegen Troika-Diktat: http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/spanien-maersche-der-wuerde-gegen-verarmungspolitik/?no_cache=1&cHash=4f640083169046dd4737e5ede070de01

„Sie haben Angst, weil wir keine haben“

Labournet: Die schon während des Marsches stets gegenwärtigen Polizeiprovokationen – so gab es einen Zeitpunkt am Freitag, an dem landesweit gleichzeitig etwa 150 Busse kontrolliert wurden, je etwa eine halbe Stunde lang, so gab es immer wieder Versuche, die einzelnen Märsche daran zu hindern, sich zu vereinigen und ständige Drohungen – haben niemand eingeschüchtert: „Sie haben Angst, weil wir keine haben“ war die gängige Antwort auf bürgerlich-demokratische Repressionsversuche. Auch der Totalboykott der bürgerlichen Medien, allen voran des Fernsehsenders TVE trug nicht dazu bei, die Massenkundgebungen zu isolieren.

Dokumentation hier:
http://www.labournet.de/internationales/spanien/gewerkschaften-spanien/marsch-der-wurde-22-marz-europaweite-solidaritat-gefragt/?cat=7479
S. auch: https://linksunten.indymedia.org/de/node/108665

Apoyemos las Marchas, eine Erklärung des Sector Crítico de CCOO-Madrid vom März 2014, in der die Gewerkschaftsopposition in den Comisiones ihre Unterstützung der Würdemärsche unterstreichen, hier dokumentiert bei rebelion.org
http://www.rebelion.org/noticia.php?id=182312

Europäischer Gewerkschaftsbund: Demonstration am 4.4. in Brüssel:
„Ein neuer Weg für Europa“

„Wir in der Gewerkschaftsbewegung sind nicht der Meinung, die Krise sei vorbei. Wir müssen fragen: Wer hat sie schon hinter sich? Das Finanzsystem oder die Menschen?”
„Europa ist in seinen sozialen Dimensionen sehr schwach. Die Bürger_innen sind nicht mit dem Weg einverstanden, den die EU einschlägt. So ein Europa wird von seinen Bürger_innen nicht akzeptiert, wenn es nicht seinen Kurs ändert.”



Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Der Attac-Rat hatte am 15.2. beschlossen: *"Wir begrüßen eine solche Initiative des EGB, lautstark auf der Straße die Austeritätspolitik zu kritisieren und für ein anderes Europa einzutreten und werden (...) den Widerstand von GewerkschaftlerInnen gegen die Politik der Troika unterstützen."*
Selbst wenn man am Aufruf einiges zu kritisieren hat, ist das Vorhaben einer gemeinsamen europaweiten Aktion unbedingt zu begrüßen und auch als ein Element in der Mobilisierung für die Aktionstage im Mai zu betrachten.
Wir dokumentieren also den **EGB-Aufruf** und den **DGB-Aufruf**.

Fünf Jahre nach Ausbruch der Krise leiden viele EuropäerInnen weiterhin unter wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten. Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsbedingungen, Ungleichheit und Armut prägen die Situation von vielen. Die Rezession und den Stillstand der Wirtschaft zu überwinden und den Menschen Hoffnung und Vertrauen zu geben ist die dringendste Aufgabe, vor der die Politik der EU steht.
Die EU hat das Potenzial, die Krise zu meistern. Wir müssen jetzt einen neuen Weg einzuschlagen, der die wirtschaftliche Lage stabilisiert und Arbeitsplätze in einem sozialen Europa schafft. Die EU muss ihre Stärken dazu nutzen, um eine soziale, gerechte und demokratische Zukunft zu schaffen.
Wir brauchen eine längerfristige Perspektive. Um unserer Wirtschaft einen **Neustart** zu ermöglichen, brauchen wir ambitionierte Investitionen, die Europa den Einstieg in einen Pfad **qualitativen und nachhaltigen Wachstums** ermöglichen.
Wir schlagen ein Investitionsziel von jährlich zwei Prozent des EU-BIP über einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Das wird zusätzlich private Investitionen generieren und weitreichende private Modernisierungsmaßnahmen fördern.
Derartige Investitionen werden den Aufbau einer starken industriellen Basis, von guten öffentlichen Dienstleistungen, gut funktionierenden Sozialsystemen und von innovativen Forschungs- und Bildungseinrichtungen fördern.
Zur Rettung des Finanzsektors wurden 1 Billion Euro ausgegeben. Genauso viel, 1 Billion Euro, gehen jedes Jahr durch Steuerflucht und Steuerbetrug verloren. Es ist nun an der Zeit, 250 Mrd. Euro für **hochwertige Arbeitsplätze und eine gute Zukunft für die EU-BürgerInnen** auszugeben. Ein ambitionierter Investitionsplan könnte bis zu 11 Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen.
Der Plan steht allen EU-Staaten offen. Vorgesehen sind europaweite Projekte, die in Abstimmung mit nationalen Investitionsprojekten entwickelt werden. Priorität müssen jene Investitionen haben, die die größten Auswirkungen auf die **Binnenkonjunktur** haben.

DER EGB FORDERT:
»»» erhebliche Investitionen für nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit
»»» gute öffentliche und private Dienstleistungen, handlungsfähige Staaten mit gut funktionierenden Sozialsystemen und innovative Forschungs- und Bildungseinrichtungen;
»»» ein Ende des Steuerbetrugs und der Steuerflucht; faire Besteuerung zur Finanzierung des Investitionsplans;
»»» Flexibilität bei der Anwendung der Defizitregeln, wenn Investitionen getätigt werden.

DER EGB IST GEGEN:
»»» eine Politik, die auf dem unsozialen Sparzwang beruht;
»»» ein verlorenes Jahrzehnt mit Massenarbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und Steuerungerechtigkeit;
»»» Wirtschaftspolitik, die nur auf die Beruhigung der Märkte und nicht auf die Sicherung des sozialen Fortschritts ausgelegt ist.

http://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/event/public-files/etuc_manifeste_de2_0.pdf

EGB: Demonstration: http://www.etuc.org/events/4-04-14-etuc-euro-demonstration-fighting-investments-quality-jobs-equality
Als Mobilisierungsmaterial dient ein streckenweise sehr ansprechendes **Video des EGB**, dessen letzte Minute leider die Kritiken und Forderungen in die soziale Partnerschaft umlenkt,
http://www.youtube.com/watch?v=GLADqZ4BONQ&index=7&list=PLeE4Q3gvQB0HBj6CNghIq-xZjUniZmewF
In den nächsten Wochen wird es sicher Debatten geben über ihren **Aufruf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments :**
http://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/document/files/de-ein_neuer_weg_fur_europa_final.pdf

Zum Lesen empfohlen:
Gewerkschaften in der (Weltwirtschafts)Krise: http://www.labournet.de/category/politik/gw/krise08gew/
Euro-Krise und Gewerkschaften: http://www.labournet.de/category/politik/eu-politik/eu-krise/eukrise-gw/

Asbjørn Wahl : European Labor: Political and Ideological Crisis in an Increasingly More Authoritarian European Union http://monthlyreview.org/2014/01/01/european-labor

DGB-Aufruf zur Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Demo in Brüssel: Für einen neuen Weg für Europa – Investieren statt Kaputtsparen
Perspektiven für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa

Die Europawahl steht vor der Tür. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft deshalb wenige Tage vor der letzten Sitzung des Parlaments in Brüssel zu einer Demonstration für einen Kurswechsel in Europa auf: Für ein soziales Europa, Vollbeschäftigung und eine sichere Zukunft für Jung und Alt. Die Europawahl wird mit darüber entscheiden, ob in Europa künftig eine Politik für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit gemacht wird.

Wir fordern: Investitionen und Gute Arbeit

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und mehr gute Arbeit: 11 Millionen Arbeitsplätze können durch ein Europäisches Investitionsprogramm geschaffen werden.

Für Europas Jugend braucht es Perspektiven – sofort: Für eine schnelle und verbindliche Umsetzung der Jugendgarantie.

Für das sofortige Ende der einseitigen, unsozialen Sparpolitik, die die Reichen schont und Arbeitnehmer und Rentner die Zeche zahlen lässt.

Für die soziale Fortschrittsklausel als Garantie dafür, dass die wirtschaftlichen Freiheiten nicht über soziale Grundrechte gestellt werden.

Für freie Kollektivverhandlungen und den Schutz der Autonomie der Sozialpartner.

Für starke Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer zur Gestaltung von guter Arbeit.

Für das Ende der prekären Beschäftigung. Schluss mit Dumpinglöhnen.

Verbindliche europäische Standards für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Wir wollen: Soziale Gerechtigkeit in ganz Europa

Für mehr soziale Gerechtigkeit – um die Spaltung zu überwinden.

Für die Bekämpfung jeglicher Formen von Diskriminierung.

Für gute öffentliche Dienste und den Zugang für alle zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Für gute Soziale Sicherung und eine faire Steuerpolitik.

Wir brauchen im Europäischen Parlament Abgeordnete, die das Europäische Projekt für sozialen Fortschritt gestalten, um die ungerechte Sparpolitik, Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit sowie Lohn- und Steuerdumping zu überwinden. Sie sollen eintreten **für ein Europa, das die Menschen und nicht die Märkte in den Mittelpunkt stellt**.

Ein soziales Europa ist möglich! Der Europäische Gewerkschaftsbund, die Stimme der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ruft die Beschäftigten auf, an den Wahlen zum Europaparlament teilzunehmen und am 4. April in Brüssel für das soziale Europa zu demonstrieren. Europa hat das Potential, um die Krise zu überwinden

http://www.dgb.de/themen/++co++1949c77e-9ef6-11e3-87a9-52540023ef1a?search_text=br%C3%BCssel+demo&x=0&y=0

Manfred Brinkmann, GEW-Referent für Internationales

Deutliches Zeichen gegen Rechts setzen!

Gewerkschaften fordern Kurswechsel

Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Die Gewerkschaften treten für ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa ein, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können. Im Jahr 100 nach Beginn des ersten Weltkriegs und im Jahr 75 nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf Polen und die Sowjetunion ist die Europäische Union noch immer ein Friedensprojekt. Freier Austausch und offene Grenzen für die Menschen und die Wirtschaft in Europa sind historische Errungenschaften. Aber Europa ist mehr, kann auch mehr im 21. Jahrhundert. Die Europäische Union muss sozialer und demokratischer werden. Dafür setzen Gewerkschaften sich ein. (…)

Ein neuer Weg für Europa

(…) Mit der Demonstration am 4. April wollen die europäischen Gewerkschaften auch ein deutliches Zeichen gegen Rechts setzen und für eine Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai werben, das in Zukunft größeres politisches Gewicht haben wird. DGB und GEW unterstützen die europäische Gewerkschaftsdemonstration in Brüssel und rufen zur Teilnahme auf.

Auf nach Brüssel!

Am 4. April 2014 werden früh morgens Busse des DGB aus Brandenburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen Richtung Belgien aufbrechen, wo von 11:00 bis 15:00 Uhr in der Brüsseler Innenstadt die EGB-Demonstration stattfindet.

www.gew.de/Gewerkschaften_rufen_auf_nach_Bruessel.html

Europa hat eine andere Zukunft

24 Seiten Debatte zu Europa. Beilage der Tageszeitung «neues deutschland» in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift «LuXemburg», Pdf-Datei: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Europalinks_nd-beilage_2014.pdf

Mit Beiträgen von Mario Candeias, Lukas Oberndorfer, Anne Steckner, Alexis Tsipras, Michel Husson, Walter Baier, Toni Negri, Bernd Riexinger u.v.m.

Brasilien: „Bei der WM wird gekämpft“

„Na Copa vai ter luta“ – so heisst der Bericht vom Treffen zahlreicher Gewerkschaften, sozialer Organisationen, Jugendverbänden und Nachbarschafts- sowie Betroffenenvereinigungen bei der CSP Conlutas, das am 22. März 2014 in São Paulo auf der Anlage der Gewerkschaft der Metrobeschäftigten stattfand. Im Mittelpunkt der Debatten der über 2.500 TeilnehmerInnen, die hunderte von Organisationen und Netzwerken vertraten, stand eine Zahl: 34 Milliarden Reais (etwa 10 Milliarden Euro) für neue Stadien, Transportwege dahin und Komplementärbauten. In einer Zeit, in der etwa die Vorstöße der Unternehmen im Gesundheitsmarkt dazu führen, dass der staatliche Einheitsgesundheitsdienst (SUS) aufgrund mangelnder Finanzen noch weniger funktioniert als früher…**Am 12. Juni, dem Tag der Eröffnung der WM soll es in zahlreichen Städten möglichst große Demonstrationen geben** (obwohl oder gerade weil die parlamentarischen Prozeduren für Ausnahmeregelungen – wie etwa Beschneidungen des Demonstrationsrechtes oder auch des Streikrechtes – in vollem Gange sind, passend zum 50. Jahrestag des Militärputsches 1964).

http://www.labournet.de/internationales/brasilien/politik-brasilien/bei-der-wm-wird-gekampft/#more-55705

Europaweite Aktionstage im Mai

Grenzüberschreitende Solidarität. Für eine Demokratie von unten! Internationaler Aufruf

Das Kürzungsprogramm und die Privatisierungen der Troika entscheiden über das Leben von Millionen von Menschen in Europa.
Zusammen mit Menschen in Europa und aus der ganzen Welt werden wir der Rehabilitation des Kapitalismus auf dem Rücken der Beschäftigten als auch der Arbeitslosen, Rentner und Rentnerinnen, Migranten und Migrantinnen und der Jugend widerstehen. **Gemeinsam mit ihnen sagen wir: „Wir schulden nichts, wir zahlen nicht!“**
Während das Krisenregime der Europäischen Union immer mehr Grenzen errichtet, um uns auseinander zu dividieren, auszubeuten und zu unterdrücken, entstehen **neue transnationale Bewegungen**. Wir sind Aktivisten der sozialen Bewegungen, Altermondialisten, Migrantinnen und Migranten, prekär Beschäftigte und Industriearbeiter, Parteimitglieder und Gewerkschaftsmitglieder und vieles mehr. Wir wollen unsere Kämpfe und Kräfte über die Grenzen des Nationalstaates hinaus verbinden. Im Sinne dieser Vielfalt an sozialen Bewegungen rufen wir dazu auf, während der Woche vor den Wahlen zum Europäischen Parlamentechte Demokratie von unten her aufzubauen.

Wir rufen zu einer internationalen und dezentralen Aktionswoche vom 15. bis 25. Mai 2014 auf!Werdet Teil dieses Aufbruchs!
Wir starten am 15.5., dem dritten Jahrestag der spanischen 15M-Bewegung und wir wollen starke, vereinte, international sichtbare Aktionen vom 15. bis 18. Mai durchführen.
In diesen Tagen werden in vielen Städten und vielen Ländern Aktionen stattfinden. Uns verbindet die Perspektive einer transna-tionalen Bewegung für Demokratie, Solidarität und die Aneignung von Gemeingütern.
Dann, **im Herbst,** werden wir unsere Stärke wieder bündeln – dieses Mal um zu verhindern, dass der neue Turm der Europäischen Zentralbank in Frankfurt eingeweiht wird. Wir laden Dich ein, Dich an den Aktionstagen zu beteiligen! Sei schöpferisch und beteilige Dich mit Deiner eigenen Initiative!

Demokratie aufbauen!

In Zeiten der Krise hören wir überall, es gäbe keine Alternative zu den Kürzungsprogrammen.
Die Menschen aber zahlen, leiden und sterben, während Banken mit Milliardenpaketen gerettet werden. Schulden und Ausbeutung, Reichtum und Armut sind zwei Seiten der gleichen Medaille.
Das autoritäre Krisenprogramm geschieht nicht in unserem Namen! Ihr wahrer Auftrag – dem Kapital zu dienen – ist durch die angeblich ideologiefreien „Benchmarks“ der Finanzmärkte verborgen. Die Krise kann nicht durch mehr neoliberale Anpassungen gelöst werden. Sie zerstören unsere sozialen Rechte und kürzen die Ausgaben für die Sozialsysteme, verstärken eine Umverteilung zum Wohle des Kapitals und versetzen Regionen in einen Wettbewerb gegeneinander.

Der Kapitalismus selbst ist die Krise.
Verelendung ist nicht nur das Ergebnis von Erwerbslosigkeit oder falschen Entscheidungen unserer Regierungen. Verelendung und Armut sind das Ergebnis einer längeren Transformation, die durch die Krisenpolitik verstärkt wurde und wird. Für seinen Profit spaltet der weltweite Kapitalismus Reich und Arm, Migranten und Bürger, sogar Bürger und Bürger, und zerstört unsere kreativen und produktiven Talente. Soll Freiheit die Wahl zwischen Erwerbslosigkeit oder Prekarität sein? Kämpfen wir gemeinsam für soziale und ökonomische Gleichheit, um eine echte Demokratie von unten aufzubauen.

Gemeingüter zurückholen und erkämpfen

Es ist an der Zeit, die Gemeingüter zurückzuholen. Der Reichtum, den wir gemeinsam erarbeiten, wird enteignet. Die Ausbeutung der Reichtümer unseres Planeten zerstört unsere Lebensgrundlage. Wir alle sehen täglich die Folgen der Klimaveränderung, der Zerstörung der Artenvielfalt, des Giftmülls, der Umweltverschmutzung und der Zerstörung der Biosphäre. Die Grundlage unseres alltäglichen Lebens – selbst Gesundheitsversorgung und Wohnraum - sind Spekulationsobjekte. Innere Grenzen werden durch Privatisierung und wirtschaftlichen und sozialen Ausschluss verstärkt. Mietpreiserhöhungen von über 15 % in deutschen Städten zwingen Menschen in die Obdachlosigkeit oder zum Umzug. Mehrere Hunderttausend Zwangsräumungen in Spanien sind ein Ergebnis einer Arbeitslosenquote von 26 %. Während die Kindersterblichkeit in Griechenland innerhalb von drei Jahren um 51 % stieg und 1,5 Millionen Menschen keinen Zugang zur medizinischen Betreuung haben, werden Krankenhäuser geschlossen und Gebühren von den Patienten gefordert.

Privates und staatliches Eigentum kann durch gemeinsame Verwaltung und Zugang überwunden werden. Beispiele sind Wohnprojekte, soziale Initiativen, die sich steigenden Mieten und Räumungen widersetzen, Fabriken besetzen und soziale solidarische Krankenhäuser. Schließung von Krankenhäusern, Rausschmiß aus der Wohnung und Vertreibung von sozialen Initiativen aus ihren Bereichen? Schluss damit, es ist an der Zeit, sich zu organisieren und zurückzuholen, was uns gehört!

Kämpfen in Solidarität

Europa ist transnational geworden, seitdem Millionen von Menschen Europa aus ihrer Heimat auswandern oder auf der Flucht sind, weil sie ein besseres Leben suchen, und sie nehmen dafür ihre Bewegungsfreiheit wahr. Die Europäische Union antwortet mit der Militarisierung und Verschärfung der rassistischen Außengrenzen, an denen Tausende sterben, zurückgeworfen oder verhaftet werden. Die Folgen aus dem Kolonialismus und Imperialismus zwingen die Migrantinnen und Migranten zum Verkauf ihrer Arbeitskraft an Kapitalisten und treiben sie in die soziale Unterordnung, in Illegalität, Haft, Ausbeutung oder Abschiebung. Das Schaffen von Wohlstand baut auf institutionalisiertem Rassismus, dem Aufbau von Grenzen und der Ausbeutung der europäischen Randzonen durch die Zentren.

Staatliche Institutionen und Regierungen nutzen Vorurteile und schüren Ängste, um Vorteile zu erlangen. Rassismus und Faschismus werden durch die Wirtschaftskrise gestärkt. Auf der Straße werden Migrantinnen und Migranten, Sinti und Romani und Homosexuelle angegriffen. Gefährliche Allianzen werden aufgebaut. Man schätzt, dass rechtsextreme Parteien bei den anstehenden europäischen Wahlen große Zuwächse bekommen werden. Rassismus, Sexismus und Chauvinismus werden genutzt, um uns auseinander zu dividieren und zu schwächen. Unsere Leben und unsere Kämpfe sind miteinander verflochten. Aktive Solidarität bedeutet, sich um jedermanns Rechte zu bemühen – überall. Es ist an der Zeit, die Grenzen in der Solidarität zu überwinden.

Nehmt an der dezentralen Aktionswoche vom 15. bis 25. Mai 2014 teil!
http://mayofsolidarity.org/

Aktionswoche im Mai 2014

15. Mai: Aktion in Brüssel: Umzingelung vom „Business Summit" http://www.d19-20.be/en/
16. Mai: Aktionstag in vielen Städten Europas /
17. Mai: Tag der Alternativen in Europa - In Deutschland: in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart /
Weitere Infos: **http://mayofsolidarity.org/**, **http://blockupy.org/**

Griechenland: Streiks im Öffentlichen Dienst

Video über deren Proteste: http://rt.com/in-motion/greece-struck-unemployment-rate-881/

(mdv) 11.400 Arbeitsplätze sollen dieses Jahr im griechischen öffentlichen Dienst gestrichen werden – die Erwerbslosenquote betrug im Dezember 2013 „nur noch" 27,5%…Aus Protest blockierten Beschäftigte des ÖD im März das Parlament.

Im Schulbereich sollen die Ausgaben um 50% gegenüber 2009 reduziert werden. Dafür werden Schulen geschlossen, die Prüfungen in den Gymnasien werden verschärft (um manche SchülerInnen zur Aufgabe zu zwingen) , die Berufsschulen sollen verschwinden (Berufsausbildung in der Lehre), Manches Personal in den Schulen wurde schon entlassen; Lehrer wurden seit dem Sommer 2012 „suspendiert", viele werden im März entlassen.
Ersetzt werden sie durch prekäre Arbeitskräfte, die im Monat 400-500 Euro erhalten (aber nur während der Schulzeit).
Der Gewerkschaftsvertreter auf dem Alter-Summit-Treffen im Februar in Athen beschrieb die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung: Angst, dass wenn man protestiert man dann umso mehr zu denjenigen gehört, die entlassen werden. Das Ausleseverfahren geschieht mittels „Evaluationen", die also die einzelnen Kollegen in Konkurrenzsituation bringen.

Der Gewerkschaftsvertreter wies auch auf das Angstklima in den Schulen hin: Schüler werden von der Polizei ausgefragt (über ihre Eltern, über ihre Mitschüler, die an früheren Protestaktionen teilgenommen haben)

Marie-D. Vernhes

Griechenland: Eine leise aber mörderische Kriegsführung: Zur Schließung der Polikliniken in Griechenland

Anfang Februar hat eine knappe Mehrheit im griechischen Parlament beschlossen, dass alle Polikliniken in Griechenland geschlossen werden sollten, das heißt, dass die gesundheitliche Grundversorgung nur noch von zahlungskräftigen Menschen in Anspruch genommen werden kann. (1)

Es gab bisher, also seit 50 Jahren, ein – wie auch immer unzureichendes - System von 350 Polikliniken für die Grundversorgung. Nur 100 der 350 Polikliniken sollen nach einem Monat wieder eröffnet werden, selbst das ist nicht sicher; die Ärzte müssen sich bewerben und werden "getestet", es herrscht insgesamt aber eine große Unklarheit über die konkreten Pläne der Regierung. Es wurden auch staatliche Kliniken geschlossen, also müssen deren Patienten jetzt zu Privatkrankenhäusern laufen - die teuer sind.
Ziel dieser Maßnahmen ist die Privatisierung (Es wird gesundheitlich versorgt nur der, der zahlen kann). Sturm laufen nicht nur Ärzte, sondern vor allem die Patienten: es werden Stadtteilkomitees organisiert, um zu verhindern, dass diese Polikliniken geschlossen werden.

Von den 11 Millionen Griechen sind offiziell 3 Millionen OHNE jegliche **Krankenversicherung**: eine Versicherung haben nur diejenigen, die entweder als Selbständige sich selbst versichern, oder einen Arbeitsvertrag haben bzw. Arbeitslosengeld beziehen. Das **Arbeitslosengeld** beträgt max 360 Euro 6 Monate lang. Danach bekommen die meisten nichts mehr. Denn staatliche Almosen bekommt man nur nach einem bürokratischen Spießroutenlauf und wenn man kein Wohneigentum hat - 70% der Griechen haben jedoch ein wie auch immer kleines Wohneigentum -.
Darum ist eine der Forderungen der Stadtteilkomitees, dass alle Menschen (also auch die Migranten!) eine kostenlose Gesundheitsversorgung erhalten dürfen.
Frauen dürfen - auf dem Papier - abtreiben – aber auch das kostet jetzt Geld.

Die solidarischen Kliniken, die entstehen, sind ein **Versuch zur Selbsthilfe**. Die niedergelassenen Ärzte, die dort arbeiten, tun das ohne Bezahlung, aber die Miete und Geräte müssen bezahlt werden...
Eine dieser solidarischen Kliniken in Athen besteht aus einer Zahnarztpraxis („Wir sehen Zähne wie in den 50er Jahren"), eine Praxis für Allgemeinmedizin und eine Apotheke (zur kostenlosen Versorgung mit Medikamenten auf der Grundlage eines Rezeptes, denn in den normalen Apotheken muss man für die Medikamente bezahlen – selbst wenn man versichert ist).
Diese solidarischen Kliniken können nur eine Grundversorgung gewährleisten, zum Glück werden sie von Ärzten in den Krankenhäusern unterstützt – aber das reicht überhaupt nicht aus.
Eine Vernetzung der solidarischen Kliniken geschieht über **„Solidarität for all"**, in der auch andere Netze zusammenarbeiten (Gruppen gegen Zwangsräumung, für Bildung und künstlerische Erziehung, zur Nahrungsversorgung, Rechtsberatung). (2)

"Niemand muss in der Krise allein sein; alle müssen gegen die Krise etwas tun"
Die „Solidarität for all"-Gruppen haben zwei Grundsätze:
- mit den Menschen über die Ursachen ihrer Situation sprechen und Gegeninformationen betreiben;
- die Menschen dazu anspornen, sich selber zu organisieren und aktiv zu sein (auch in diesen Einrichtungen).

---

1) Der Bericht auf der heise-Seite zeigt auf, welche Auswirkungen die Zerstörung der Gesundheitsversorgung hat. (http://www.heise.de/tp/artikel/41/41028/1.html)Die Verantwortung der Troika und insbesondere unserer deutschen Regierung für die Kürzungen im Staatshaushalt ist klar (dazu: Attac Österreich: 77% der griechischen Hilfsgelder gingen an den Finanzsektor, http://sandimgetriebe.attac.at/10596.html und wiss. Beirat, http://sandimgetriebe.attac.at/8859.html)
2) http://www.solidarity4all.gr. Dazu wurde vor einem Jahr eine Broschüre herausgegeben, auch auf Deutsch. http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf)

Petition gegen die Schließung der Polikliniken: https://www.openpetition.de/petition/online/schliessung-der-polikliniken-in-griechenland-sofort-stoppen

Der Widerstand gegen die Schließung des staatlichen Fernsehens (ERT) im Juni 2013 geht weiter. (s. zu der Schließung: http://www.altersummit.eu/communiques/article/forthe-cradle-of-democracy-is-not)
Von einer Reihe von Entlassenen wird ein alternatives Fernsehen auf die Beine gestellt, s. http://www.ertopen.com/ .
Von 3000 entlassenen Beschäftigten sind jetzt 500 wieder eingestellt, das ERT-Programm soll miserabel sein.
S. auch: http://www.labournet.de/internationales/griechenland

Europäisches Netzwerk gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheit und sozialer Sicherheit

Die Gesundheit der Menschen in Europa ist in Gefahr! Manifest



Das Netzwerk will anläßlich der Europa-Wahlen Regierungen und Kandidaten für die Europawahl vom 25. Mai 2014 mit seinen Forderungen konfrontieren (Deutsche Version auf der SiG-Seite).

Gesundheit, die in der Vergangenheit für alle Menschen ein öffentliches Gut gewesen ist, ist in Europa bereits zur Ware auf einem von Konkurrenz bestimmten Markt geworden. *Mit diesem „Manifest" bezwecken wir folgendes: Die Menschen Europas und die im Gesundheitssektor Beschäftigten sollen über die Folgen der Politik der Privatisierung /Kommerziali-sierung informiert werden, damit sie dazu die Regierungen und die Kandidaten für die Europawahl vom 25. Mai 2014 befragen.*

Dieses „Manifest" ist Resultat einer mehrere Monate langen Arbeit im Netzwerk.(...) Vor allem ging es darum, in jedem Land „Gesundheitsaktivisten" zu finden, die in der Lage sind, die Situation zu analysieren, Widerstände deutlich zu machen und mögliche Allianzen zu schließen, um gemeinsam für die Verteidigung eines solidarischen und allgemeinen Gesundheitsmodells sowie für die sozialen Sicherheitssysteme zu handeln.
(…) Wie die Pervertierung des Gesundheitssystems funktioniert, kann jeder an den konkreten Folgen leicht erkennen. Dies lässt sich allgemein auch für die Form des Gesellschaftssystems sagen, in dem wir leben.
Und schließlich ist es wissenschaftlich und gesamtwirtschaftlich erwiesen, dass das solidarische und für alle geltende System, das wir verteidigen, weitaus wirkungsvoller ist als das private Marktwirtschaftssystem. **Die Dogmen der liberalen Ökonomie können nicht auf das Gesundheitswesen angewendet werden, denn die Gesundheit ist keine Ware.**

Das Gesundheitswesen in Europa ist in Not, wir fordern:

Den gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung, überall, für alle, ohne Einschränkung jeglicher Art. (…) Wir müssen die öffentlichen und solidarischen Finanzierungssysteme wiederherstellen, auf die gleiche Weise, wie in der Nachkriegszeit die sozialen Sicherungssysteme aufgebaut worden sind. Um für eine solche solidarische Finanzierung und einen allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu handeln auftreten, müssen wir die Systeme sozialer Sicherung vor dem Appetit der Privatversicherungen bewahren. Die Gesundheitssysteme sollen ausschließlich durch öffentliche Sicherungssysteme finanziert werden, weil nur so erreicht werden kann, dass die politischen Ziele weiterverfolgt und umgesetzt werden können, die die Achtung des Rechts auf Gesundheit durch den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung zielen.

Die ganze Bevölkerung muss beim Gesundheitsmanagement, beim Schutz und bei der Verbesserung der Gesundheit mitwirken. (…)

Um die Versorgung verbessern zu können, müssen wir die tieferen Ursachen, nämlich **die sozialen Faktoren von Gesundheit in den Fokus nehmen**. Wir fordern die Verbesserung des Gesundheitswesens durch **Sicherung von Grundrechten der Gesamtbevölkerung**, wie das Recht auf Arbeit und ein auskömmliches Einkommen, das Recht auf Wohnen, den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Energie, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, das Recht auf Bildung, auf kulturelle Teilhabe...

Wir verlangen von den europäischen Regierungen, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament die Neuformulierung, die Umsetzung und die Durchführung der Politiken und Praktiken, die auf die Achtung des Rechts auf Gesundheit durch den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung zielen. Wir betonen die Notwendigkeit umfangreicher Investitionen, nicht nur in der Grundversorgung und öffentlichen Gesundheitsfürsorge, sondern auch in der Gesundheitsprävention und -förderung.

Um die Gesundheit als unser gemeinsames Gut zu erhalten, soll **kein einziger Euro öffentlicher Gelder für Dienstleister im privaten Gesundheitssektor** verwendet werden. **Die Gesundheit ist nämlich keine Ware**. Europa muss jedem Mitgliedsstaat nicht nur erlauben, auch weiterhin sein Gesundheitswesen und sein Sozialsystem vor Marktmechanismen zu schützen, sondern sie auch dazu ermuntern, diese notwendigen Mittel ausreichend und angemessen zu finanzieren. (...)

Und schließlich **müssen die gesundheitlichen Ungleichheiten aus der Welt geschaffen werden**, folglich muss der Armut, der Arbeitslosigkeit, der Prekarität und der Ausgrenzung von 125 Millionen Armen in Europa, einschließlich der europäischen Minderheiten, wie die Roma, und der Wanderarbeitnehmer von außerhalb der EU, die Opfer beklagenswerter Lebensbedingungen und Verstöße gegen die Menschenwürde sind, ein Ende gesetzt werden.

Die Sparpolitik in Europa ist schädlich für die Gesundheit und verschlimmert die Situation der Bevölkerung. (…) Zwischen Finanzen und Gesundheit muss gewählt werden. Die europäische Bevölkerung ist nicht für die Staatsschulden verantwortlich. Es ist weder die Gesundheitsversorgung noch die Soziale Sicherheit, die reduziert, beschnitten oder amputiert werden müssen. Finanzen und Wirtschaft müssen dem Wohl der Bevölkerung dienen und nicht umgekehrt.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Verhandlungen über die "transatlantische Partnerschaft". Soziale und Umweltstandards sollten von oben her harmonisiert werden und stets die Besserung der Gesundheit der Bevölkerung vor Augen halten. Die Mitgliedsstaaten sollen auch weiterhin den Betreibern im Gesundheitsbereich Normen vorschreiben, die den gemeinnützigen Zweck dieser Institutionen sichern. Gesundheit und soziale Sicherheit müssen vor jeglichem Angriff geschützt werden. Gesundheits- und Sozialwesen sollen aus den Richtlinien über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen herausgenommen werden.

http://www.sante-solidarite.be/article/manifeste-du-reseau-europeen-contre-la-privatisation-et-la-commercialisation-de-la-sante-et

---

DGB: Gesetzentwurf zur Krankenversicherung: Gipfel der Ungerechtigkeit

Zukünftig müssen gesetzlich Krankenversicherte alle Beitragserhöhungen selbst tragen. „Unverantwortlich und nachhaltig ungerecht", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den Gesetzentwurf. Die Arbeitnehmer müssten sich wieder zu gleichen Teilen an der Finanzierung der Krankenversicherung beteiligen, fordert der DGB.
Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied: *„Es ist unverantwortlich und nachhaltig ungerecht, dass die Bundesregierung alle künftigen Kostensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ausschließlich bei den Versicherten abladen will. Dass die Koalition noch nicht einmal eine Belastungsobergrenze einführen will, ist der Gipfel der Ungerechtigkeit.*
(...)Für die 70 Millionen Versicherten werden die Belastungen schon bald durch die Decke schießen, wenn der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird.
Wir fordern, dass die bestehende Schieflage bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung korrigiert wird und die Arbeitgeber wieder einen paritätischen Beitrag leisten. Außerdem muss noch in dieser Wahlperiode das Fundament für eine nachhaltige und sozial gerechte Finanzierung gelegt werden. Von diesem Anspruch ist die Bundesregierung leider noch Lichtjahre entfernt."
http://www.dgb.de/themen/++co++638255fa-b5bb-11e3-a68d-52540023ef1a

TTIP: IG Metall fordert Stopp der Verhandlungen

11.03.2014 (igm) | *Mit einem Freihandelsabkommen wollen die EU und die USA den weltweit größten gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Dabei drohen Arbeitnehmerrechte, Sozialstandards und demokratische Prinzipien unter die Räder zu kommen. Wenige sollen auf Kosten von Vielen profitieren.*
Die IG Metall fordert deshalb den Stopp der Verhandlungen. *(…) Auszüge:*

Welche Risiken bestehen?
Kritiker sehen durch die TTIP die Arbeits-, Sozial-, Produkt- und Umweltstandards in den Mitgliedsländern in Gefahr. Sie befürchten, dass diese als Ergebnis der Verhandlungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau angeglichen werden. Das würde die Lebensqualität der Menschen in Europa und Amerika entscheidend verschlechtere verschlechtern. Die Öffnung des europäischen Marktes für Chlorhünchen, Hormonfleisch und nicht gekennzeichnete, gentechnisch veränderte Lebensmittel wäre dabei nur eine Seite der Medaille.

Folgen des Investitionsschutzes
Gewerkschaften stoßen sich vor allem am Investitionsschutz. Denn ein auf die Interessen der Investoren zugeschnittenes TTIP stärkt die Macht der Konzerne. Dadurch werden die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft massiv einschränkt.

Mögliche Folgen sind bereits heute zu beobachten: So hat der schwedische Energiekonzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs auf Schadensersatz verklagt, weil das Stilllegen von Atommeilern den Gewinn des Unternehmens schmälert. Der Streitwert beträgt 3,7 Milliarden Euro, die - sollte Deutschland die Klage verlieren - vom Steuerzahler zu begleichen sind.
In Ägypten geht ein französisches Unternehmen gegen die Erhöhung des Mindestlohns vor.
Zwar sind die USA Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sie haben aber nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. (1) Nicht in Kraft gesetzt wurden Normen, die Grundlagen für gewerkschaftliche Aktivitäten und Tarifverhandlungen garantieren. Amerikanische Gewerkschaften befürchten deshalb, dass diese durch den geplanten Investitionsschutz auch in Zukunft nicht in den USA ratifiziert werden.

Die Beispiele zeigen: Unternehmen können auf Grundlage des Investitionsschutzes das Stärken von Arbeitnehmerrechten oder höhere Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards juristisch bekämpfen.

Intransparentes Verfahren
Anlass zur Kritik gibt auch das Verfahren: Die TTIP-Verhandlungen sind alles andere als transparent. Auf welche Art und Weise die Freihandelszone geschaffen und überwacht werden soll, wird von einer kleinen Gruppe in außerparlamentarischen Gremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt. Die Zivilgesellschaft bleibt außen vor - und damit die demokratische Kontrolle.

Wirkung auf Drittstaaten
Wenn der Handel zwischen der EU und den USA durch das Fallen der noch bestehenden Schranken zunimmt, geschieht dies zu Lasten der Staaten, die nicht der Freihandelszone angehören. Das hat negative Folgen für ihre Wirtschaft. Auch das lassen die TTIP-Befürworter außer Acht.

Wie ist die Position der IG Metall?
Wie das Abkommen derzeit angelegt ist, profitieren Wenige auf Kosten von Vielen. Deswegen steht für die IG Metall fest: Ohne eingebauten Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA! Die Gewerkschaft fordert Regeln, die Arbeitnehmerrechte, Sozial- und Umweltstandards auf einem hohen Niveau schützen.

Verhandlungen stoppen!
Der zu erwartende Nutzen für Arbeitnehmer und Verbraucher ist zu gering, als dass die damit verbundenen Risiken eingegangen werden sollten. "Es geht ausschließlich um die Absenkung der Schutzmechanismen für Verbraucher und Arbeitnehmer", sagt Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, im Interview (2) mit der "Frankfurter Rundschau". *"Wenn aber nur Schutzrechte für Verbraucher und Arbeitnehmer abgesenkt werden, sagt die IG Metall Nein"*, begründet der Erste Vorsitzende die Forderung der Gewerkschaft nach einem Verhandlungsstopp.

Kein Investitionsschutz nötig
Das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA braucht aus Sicht der IG Metall keinen eingebauten Investitionsschutz. Die Rechtssysteme der Vertragspartner sind so weit entwickelt, dass sie Investoren ausreichend schützen. Der geplante Investitionsschutz würde den demokratischen Rechtsstaat untergraben, da er Unternehmen die Möglichkeit bietet, über private Schiedsgerichte nationale Gesetze und Gerichte zu umgehen. Damit würde der Handlungsspielraum demokratischer Staaten eingeschränkt. Die Zeche hätten die Steuerzahler zu zahlen: Sie müssten den ausländischen Unternehmen für ihre entgangenen Gewinne Schadensersatz leisten.

Bedingungen der Gewerkschaften
Die IG Metall und weitere DGB-Gewerkschaften würden dem Transatlantischen Freihandelsabkommen unter folgenden Bedingungen zustimmen:

- umfassende transparente und demokratische Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaften,
- klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards. Keine Behinderung sozialer ökologischer staatlicher Regulierung. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Bedingungen zu knüpfen,
- das Abkommen muss sicherstellen, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens dieselben Arbeitsstandards und -rechte gelten wie für andere Beschäftigte im Zielland,
- das Abkommen darf nicht zu einer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche - insbesondere öffentlicher Dienstleistungen - führen, oder Reregulierungen behindern,
- das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen.
- Für die IG Metall ist es eine unabdingbare Voraussetzung für das Abkommen, dass die USA die Kernarbeitsnormen der ILO ratifizieren und umsetzen.

(1) http://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

(2) http://www.fr-online.de/wirtschaft/freihandelsabkommen-eu-usa--freihandelsabkommen-sofort-stoppen-,1472780,26460308.html

http://www.igmetall.de/SID-1E5BF34D-F0DDAD3E/ttip-transatlantisches-freihandelsabkommen-zwischen-der-eu-und-13347.htm

Weitere Stimmen gegen TTIP:

Verdi (s. Auszüge in SiG 108): http://archiv.labournet.de/igm-akint.berlin/dokumente/Stellungnahme%20verdi%20zu%20TTIP.pdf

DGB: http://archiv.labournet.de/igm-akint.berlin/dokumente/DGB%20zu%20TTIP.pdf

IG Metall: Wirtschaftspolitische Informationen von August 2013 (15 Seiten)
http://www.igmetall.de/03-2013_freihandelsabkommen_v2_e4a995ae020b06227a2d580870f8bd8eba31b609.pdf

Die englische Gewerkschaft TUC und die französische Gewerkschaft CGT haben sich gegen TTIP ausgesprochen

Attac-Video Freihandelsabkommen TTIP stoppen!: http://www.youtube.com/watch?v=Ljxv-yFBPQ8
www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/materialien

Deutschsprachiges Leak des TTIP Mandats für die Geheimverhandlungen zwischen EU und USA: Die EU-Kommission verhandelt auf Grundlage dieses Mandats mit den USA über TTIP. Anstatt eines breiten Diskussionsprozesses in Parlament und in der Öffentlichkeit über die Ziele des Mandats gab es nur Geheimniskrämerei. Dieses Mandat wurde ohne Beteiligung des Europaparlaments vom Rat verabschiedet und ist offiziell immer noch nicht für die Öffentlichkeit zugängig.
Wir wollen die TTIP-Verhandlungen transparent machen. Dazu gehört, dass das Mandat öffentlich zugänglich ist. Außerdem fordern wir für die Zukunft ein Mitentscheidungsrecht des Europaparlaments bei der Erstellung von Verhandlungsmandaten.
http://www.ttip-leak.eu/

Aktion in Brüssel am 13.3.

gegen die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA



Transatlantischer Widerstand gegen TTIP: Demonstration vor Generaldirektion Handel der EU-Kommission in Brüssel

Während im Gebäude der Generaldirektion Handel der EU-Kommission die vierte Runde der Geheimverhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP lief, haben am 13.3. etwa 350 TTIP-Gegner_innen vor dem Gebäude demonstriert. Die TTIP-Kritiker_innen dies- und jenseits des Atlantiks hielten Transparente mit der Aufschrift "Stop TTIP / TAFTA" hoch und forderten EU-Handelskommissar Karel De Gucht auf, zu ihnen zu kommen, um sich anzuhören, was ihm Vertreter der Zivilgesellschaft zu sagen haben – und nicht wie üblich nur Lobbyvertreter der Wirtschaft. TAFTA ist die in den USA übliche Abkürzung für das geplante transatlantische Freihandelsabkommen.

Bereits am Dienstag und am Mittwoch koordinierten die TTIP-Gegner_innen den internationalen Widerstand: Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen aus Europa und Nordamerika trafen sich ebenfalls in Brüssel zu einem ersten transatlantischen Strategietreffen. Die mehr als 100 Teilnehmer_innen aus vielen europäischen Ländern, den USA und Kanada verständigten sich ein einem ersten Schritt auf koordinierte Arbeitsprozesse für gemeinsame Aktionen während der nächsten Verhandlungsrunden sowie für gemeinsame Stellungnahmen und Informationsmaterialien. Zudem gibt es Überlegungen für einen dezentralen transatlantischen Aktionstag im Herbst. (attac De) , s. auch: http://corporateeurope.org/trade/2014/03/citizens-turn-volume-troubled-ttip-negotiations

Europaweiter Widerstand:

Bündnis in Österreich:
http://ttipstoppen.wordpress.com/

Bündnis in Frankreich http://stoptafta.wordpress.com/
(dazu gehören u.a. Attac, Umwelt- und Bauernverbände, mehrere Gewerkschaften, u.a. die CGT und die FSU u.v.m.)
Attac Frankreich: http://france.attac.org/se-mobiliser/le-grand-marche-transatlantique/

Städte, Gemeinde und Regionen erklären sich „TAFTA-frei" (die Regionen von Ile de france und paca (Provence-Alpes-Côte d'Azur) und die Städte Niort und Besancon haben es schon getan, http://www.blogapares.com/besancon-se-declare-le-traite-transatlantique/
http://www.reporterre.net/spip.php?article5536

Aufschlussreiche Konferenz von R.M.Jennar über TTIP (auf Französisch):
http://blogs.mediapart.fr/blog/raoul-marc-jennar

Unfairhandelbar-Bündnis in Deutschland

Gemeinwohl vor Wirtschaftsinteressen: Handelsabkommen TTIP und CETA stoppen!

Eine Botschaft an die Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament

Petition unterschreiben!

Derzeit verhandelt die EU mit den USA und Kanada über weitreichende Handels- und Investitionsabkommen (TTIP und CETA). Wir erklären als Bürgerinnen und Bürger:

Wir fordern ein Ende intransparenter Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und eine demokratische Neugestaltung der EU-Handelspolitik.

Eine Schwächung bestehender Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie Finanzmarktregeln durch TTIP oder CETA ist inakzeptabel. Auch eine Einschränkung zukünftiger politischer Handlungsspielräume lehnen wir ab.

Banken und Konzerne dürfen keine neuen Klagerechte gegen Staaten (Investor-State-Dispute-Settlement, ISDS) vor privaten Schiedsgerichten erhalten, durch die sie demokratisch getroffene Entscheidungen hintertreiben können.

Aus diesen Gründen müssen die Verhandlungen zu TTIP und CETA sofort abgebrochen werden. Wir fordern die Mitglieder des EU-Parlaments auf, sich offen für ein Ende dieser Verhandlungen einzusetzen und, sollten die Verträge dennoch zur Ratifizierung vorgelegt werden, diese zu verweigern.

Wir werden die Unterschriften dieser Petition vor der Europawahl Ende Mai an die Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament überreichen.

http://www.ttip-unfairhandelbar.de/petition

Kulturtour „Stopp TTIP“ *Im Vorfeld der Wahlen zum Europarlament wird eine zweiwöchige Tournee stattfinden. Jeden Tag erfolgt in einer anderen Stadt eine Veranstaltung. Die Tour startet am **2. Mai** in **Fulda** und wird über den Südwesten nach **München** führen. **Stuttgart** und **Leipzig** sind weitere Stationen, bevor der Abschluss am **14.05. in Berlin** stattfinden wird. Darüber hinaus werden außerplanmäßige Kul.tour-Konzertveranstaltung **Hannover**, **Bremen** und **Köln** stattfinden. Zahlreiche **Künstlerinnen und Künstler** werden uns in den verschiedenen Städten unterstützen, bspw. Konstantin Wecker, Christoph Sieber, HG Butzko, Arnulf Rating, Jess Jochimsen, Luise Kinseher. Mit von der Partie sind außerdem der us-amerikanische Liedermacher David Rovics, Zärtlichkeiten mit Freunden, Rainer von Vielen, Urban Priol, Marc-Uwe Kling und noch viele mehr! Mehr:* http://www.attac.de/kultour

Attac Schweiz u.a. :

Gegen das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA), für die Wahrung der demokratischen Rechte

Petition zu Handen des schweizerischen Bundesrates

*Über 300 Organisationen aus der ganzen Welt – u.a. einige Attac-Verbände - haben sich im September 2013 gegen das geplante multilaterale Dienstleistungsabkommen ausgesprochen. „Wir rufen auf zur Wachsamkeit gegenüber der Entschlossenheit der EU und der Vereinigten Staaten, die Hyper-Deregulierungs- und -Privatisierungsagenda des TiSA als globale Norm festzulegen.“ (**TiSA: Das geht genau in die falsche Richtung in SiG 106**,* http://sandimgetriebe.attac.at/10693.html

Seit Februar 2012 beteiligt sich die Schweiz aktiv an den Verhandlungen über ein plurilaterales «Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen», besser bekannt unter seiner englischen Abkürzung TiSA (Trade in Services Agreement); mit TiSA sollen sämtliche Dienstleistungen für die Konkurrenz geöffnet werden.

Wie andere Verträge zum «Freihandel» und der *«Marktöffnung für uneingeschränkten Wettbewerb»*, so stützt sich auch dieser Vertrag auf Zwangsmassnahmen, die die Autonomie und die Kontrollmöglichkeiten für die Staaten – und noch viel wichtiger: für die Bevölkerung – stark einschränken. Diese Abkommen beinhalten insbesondere die Einrichtung von speziellen Gerichten, die ausserhalb des Rechts der Unterzeichnerstaaten operieren.

Indem TiSA vom Grundsatz der Öffnung aller Dienstleistungen für den Wettbewerb ausgeht, zwingt man dem Staat eine *«Verpflichtung zur wirtschaftlichen Neutralität»* gegenüber öffentlichen und anderen Anbietern auf, mögen letztere in den entsprechenden Sektoren nun *«privatwirtschaftlich oder ehrenamtlich»* funktionieren.
Durch seine Ratifizierung werden die Fundamente unsere Gesellschaften gefährdet, sei dies mit einer Einschränkung des Zugangs zu der Grundversorgung oder der Abschaffung der demokratischen Kontrolle in wichtigen Bereichen.

Wir wollen den Service public bewahren und weiterentwickeln.
Wir sind beunruhigt über den versuchten Zugriff von Privatinteressen auf die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung, die durch öffentliche Dienstleistungen abgedeckt werden sollten.
Wir lassen uns die Mittel öffentlicher Kontrolle nicht wegnehmen.

Deshalb **verlangen wir vom Bundesrat**:
Die Öffentlichkeit und das Parlament vollständig und erschöpfend über die Ziele und den Inhalt von TiSA zu informieren.
Die erforderlichen Massnahmen für einen unverzüglichen Rückzug der Schweiz aus diesen Verhandlungen zu ergreifen.
http://stop-tisa.ch/wordpress/?page_id=92

Mehr dazu: http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/angst-vor-privatisierungswelle-1.18269896

Nyeleni Austria 2014
Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität

Vom **13. bis 17. April 2014** wird das **erste österreichische Forum für Ernährungssouveränität "Nyéléni Austria 2014″ im Schloss Goldegg in Salzburg** stattfinden. Das Forum wird etwa 300 Menschen versammeln, die sich für das Thema Ernährungssouveränität engagieren und stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer starken Bewegung für Ernährungssouveränität in Österreich dar.

Das Forum soll den Austausch der Gruppen, Organisationen und Initiativen für Ernährungssouveränität fördern und vor allem durch die Entwicklung gemeinsamer Strategien ein Schritt sein, um Ernährungssouveränität, das Menschenrecht auf Nahrung und ein gutes Leben für alle, zu verwirklichen.

Attac Österreich, die ÖBV-Via Campesina Austria und FIAN Österreich rufen als Teil der österreichischen Bewegung für Ernährungssouveränität auf sich am Nyéléni-Prozess für ein österreichisches Forum für Ernährungssouveränität 2014 zu beteiligen. Der Aufruf richtet sich an alle Interessierten, etwa Bäuer*innen, kritische Konsument*innen, Land-arbeiter*innen, Gärtner*innen, Food-Coops, NGOs, Gewerkschafter*innen, Köch*innen, kirchliche Gruppen, Umweltschützer*innen, Aktivist*innen, Studierende, Landlose, Migrant*innen, Verkäufer*innen, Wissenschafter*innen u.a.
Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Umsetzung des Nyéléni Austria Forums ist ein Prozess, an dem sich möglichst viele Menschen, Organisationen und Initiativen beteiligen können und der von diesen getragen werden soll. Wir sind keine fixe, geschlossene Organisation, sondern offen für alle Menschen und Initiativen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen wollen.

Weitere Informationen findest du hier:
www.ernährungssouveränität.at
http://www.viacampesina.at/cm3/termine/oebv-veranstaltungen/703-nyeleni-oesterreich-prozess-gestartet.html

Linkes Seminar in Uni Bremen abgewickelt: Universität Bremen will Fritz Storim nicht mehr

Fritz Storim ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland

Seit 1992 bietet der Physiker Fritz Storim an der Bremer Universität sein Seminar an, das zuletzt „(Neue) Technologien, Menschenbild und Ethik vor dem Hintergrund der Liberalisierungs- und Globalisierungs-Offensive" hieß. Nachdem sich fast alle der alten linken Professoren und Professorinnen in den Ruhestand verabschiedet haben, ist Storims Veranstaltung eine der letzten ihrer Art. Es geht um „Wissen als Ware", „Leben und Sterben als Ware", „Kommunikation als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen", um „Gen- und Reproduktionstechnologien", um „die totale Überwachung", um „patriarchale Macht in der Körpersprache des HipHop" und um „Versuche, 'selbstbestimmte' Kommunikations-/Lebensformen zu entwickeln/zu leben, soziale Räume einzurichten und zu verteidigen", wie es in der Beschreibung des Seminars heißt.
Der Leiter des Instituts für Politikwissenschaft, Philip Manow, nennt diese Sammlung von Stichworten „wirr", sie nähren seinen Zweifel an der Qualität der Lehrveranstaltung, schreibt Manow. Deshalb habe sein Institut entschieden, Storim ab dem Sommersemester nicht mehr zu beschäftigen.
Um Geld geht es nicht. Es ist schon lange her, dass die Uni Storim für seine Arbeit bezahlt hat. Das Seminar war immer fachübergreifend, offen für alle, die den Ansatz einer „kritischen Wissenschaft" interessant fanden, der früher von vielen Lehrenden verfolgt wurde.(…)

Die Studentin Miriam S auf der Fachbereichsratssitzung des FBB 8 am 26.2.14:
„... Ich spreche für alle StudentInnen, die es für absolut notwendig erachten, daß der Lehrauftrag von Herrn Storim erhalten bleibt.. Für mich war das Seminar von Fritz Storim eines der wichtigsten Seminare n meinem Bachelorstudium. Fritz Storim hat uns die Möglichkeit gegeben, uns mit den Themen auseinanderzusetzen, die uns bewegen, die wir für gesellschaftlich relevant halten. ... Jetzt fragen Sie mich vielleicht, was hat denn Fritz Storim gemacht, wenn die Studierenden selbst die Sitzungen moderiert haben? Er hat die unterschiedlichsten Themen immer wieder in enen Gesamtzusammenhang gestellt. Er hat gefragt, was ist denn eigentlich die Ursache für die Probleme, die wir hier gerade diskutieren?
Und ja, Fritz Storim hat die Profitlogik der Märkte kritisiert. Er hat kritisiert, daß der mensch in erster Linie als Ware und nicht als mensch angesehen wird. Ja, Fritz Storim hat den Kapitalismus kritisiert. Aber ist das wirklich ein Grund in einer pluralistischen Uni ein Seminar abzusetzen?... Kann man an dieser Uni kein einziges Seminar vertragen, das sich kritisch mit dem Bestehenden auseinandersetzt?" http://www.taz.de/!132581/

Anmerkungen (von Jour Fixe Hamburg):
a) Zur Bremer Uni. Sie wurde als Reformuniversität 1970 gegründet (und als Rote Kaderschmiede beschimpft). Bremen hatte damals noch keine Uni! In den Bremer Schulen wurden an die Kinder/Jugendlichen Bausteine verkauft: „Damit ihr in Bremen studieren könnt".
b) Zu Fritz Storim: Er war der Initiator der Anti-AKW-Ini, die den Widerstand gegen das AKW Brokdorf organisierte, nicht nur in Hamburg, auch bei der Landbevölkerung in der Wilstermarsch. Er brachte auch sein Wissen als Physiker in den Widerstand ein. Nach dem GAU in Fukushima referierte er bei einem Jour Fixe. (DW)

Wenn Wissenschaftler zu kritisch werden
Was es für Lehrende einer Universität bedeuten kann, eine politische Meinung zu vertreten, hat Fritz Storim [http://www.hamburgerforum.org/pdf/11_08_06_Rede-Storim.pdf] durch seinen damaligen Kollegen **Jens Scheer** miterlebt. Storim ist seit 1971 Physik-Dozent an der Uni Bremen und hat gemeinsam mit Jens Scheer an der wissenschaftlichen Kritik gegen die Atomtechnologie gearbeitet. 1975 Verhängte der Bremer Senat gegen Jens Scheer, der seit vier Jahren Professor für Physik an der Uni war, ein Berufsverbot. Die Gründe dafür waren sein Engagement in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und in der Anti-Atomkraft-Bewegung. "Scheer wurde auf halbes Gehalt gesetzt und suspendiert", erzählt Storim: "Die Befürchtung der Bremer Uni war damals, dass sie ins politische Zwielicht rücken könnte, wenn Scheer weiter Seminare halten würde." Jens Schier kehrte an die Uni zurück – und spätestens nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl war er ein gefragter Experte. (..)
Weser Kurier vom 19.12.2011
http://www.gaebler.info/2011/12/kritische-wissenschaftler/

Ostermärsche und -aktionen 2014

Vom **17. bis zum 21. April 2013** werden wieder zahlreiche Ostermarschaktionen stattfinden.

Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten wollen die Ostermärsche der Friedensbewegung **sich der Rüstungs- und Interventionspolitik der Großen Koalition entgegenstellen**. Die Friedensgruppen fordern eine friedliche Lösung der Kriege in **Mali** und **Syrien** und fordern vor allem ein Verbot der skandalösen deutschen Rüstungsexporte. Wichtige Themen sind auch die Abschaffung der **Atomwaffen** und die Stilllegung aller Atomanlagen sowie die Kritik an der **Rekrutenwerbung** der Bundeswehr in Schulen und im öffentlichen Raum. Die Friedensgruppen erinnern im Gedenkjahr 2014 an **100 Jahre Krieg und Aufbegehren dagegen** und wollen den Paradigmenwechsel von der Militärpolitik zur Zivilen Konfliktbearbeitung.
Die Ostermärsche finden traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung statt.
Terminübersicht 2014: http://www.friedenskooperative.de/om2014.htm
http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2014.htm

1914-2014: 100 Jahre Erster Weltkrieg: Ursachen, Lehren, Gedenken, Erinnerungen
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/1wk/Welcome.html

Aufruf für Demo am 10. Mai 2014: Energiewende nicht kentern lassen!

Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!

Die Energiewende ist in Gefahr! Die Regierung will den Zubau der Erneuerbaren Energien mit einem Ausbaudeckel und massiven Förderkürzungen ausbremsen. Dies ist Klientelpolitik für klimaschädliche Kohlekraftwerke und die angeschlagenen Energiekonzerne. Zudem droht damit eine neue Debatte um längere AKW-Laufzeiten.

Doch noch hat all dies nicht Gesetzeskraft. Wir haben noch Chancen die Energiewende zu retten: Sowohl SPD als auch CDU/CSU sind jeweils gespalten in Freunde der Energiewende und Interessenvertreter der Konzerne. Und an der Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) sind die Länder beteiligt. Etliche stehen der schwarz-roten Energiepolitik kritisch gegenüber – jetzt müssen sie sich wehren.

Am 10. Mai demonstrieren wir daher mit zehntausenden Menschen in Berlin. Gemeinsam fordern wir, dass die Energiewende nicht ausgebremst wird, der Atomausstieg beschleunigt und der Kohle-Ausstieg eingeleitet wird, Kohle-Tagebaue stillgelegt werden und Gas nicht mittels Fracking gefördert wird. Wir wollen die Energieversorgung dezentralisieren, demokratisieren und in die Hand der Bürger/innen legen!

Wir protestieren zu Lande und zu Wasser. Auf dem Wasser sind viele mit allem was schwimmt unterwegs. Auf dem Land ziehen wir mit einem großen Demozug durch das Berliner Regierungsviertel und bilden links und rechts der Spree eine bunte Aktionskette. Land- und Wasserdemo treffen zu einem großen Happening zusammen – damit die Energiewende nicht kentert.

https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/energiewende-demo/nicht-kentern.html



Rückblick auf die Demonstrationen am 22.März mit 30 000 TeilnehmerInnen:
https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/energiewende-demo/demos.html

Europaweite Mai-Aktionstage

SOLIDARITY BEYOND BORDERS
BUILDING DEMOCRACY FROM BELOW

EUROPEAN DAYS OF ACTION

15 - 25 MAY 2014

#DEMOCRACY #SOLIDARITY #COMMONS

http://mayofsolidarity.org/